Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 9. Sonntag, den 26. Februar. 1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Arbeiterversicherung.

Δ Wer unsre deutsche Arbeiterversicherung mit ihrem Versicherungszwang kennt und die aus derselben fließenden Leistungen, der weiß, wie wenig berechtigt die Renommisterei unsrer Bourgeoisie und der Regierung besonders dem Auslande gegenüber ist, wo man stets den Schein erweckt, daß Deutschland bisher das meiste und vorzüglichste für die Lohnarbeiter getan habe. Mag nun immerhin das Minimum der 33 Pfg.-Renten pro Tag auf dem Gebiet der Invaliden- und Altersrente und mögen die Leistungen der sogenannten „Rentenquetschen" bei der Unfall-Versicherung den „freien" sowie den staatlichen Leistungen in andern Ländern „über" sein, — für Deutschland, dessen beispiellose Ausbeutung durch die Bourgeoisie innerhalb eines Menschenalters so ziemlich einzig dasteht, weil seine Bourgeoisie den Kampf um die Konkurrenz mit den vorzüglichsten Ländern kapitalistischer Produktionsweise: Großbritannien, Frankreich, Oesterreich und Nordamerika mit den niedrigsten Lohnsätzen aufgenommen und durchgeführt hat — für unser Deutschland wollen diese sozialreformerischen Leistungen einschließlich des Reichszuschusses herzlich wenig bedeuten. Die Bourgeoisie bei uns in Deutschland gab in Gestalt der verschiedenen Beiträge zur Arbeiterversicherung bisher nur einen winzigen Teil dessen an die Arbeiter zurück, was sie ihnen zuvor im Arbeitsprozeß stahl. Der Arbeitsprozeß, nicht der rechtliche Arbeitsvertrag, entscheidet bekanntlich bei der Ausbeutung: nicht was der Arbeiter gegen Lohn stipuliert, sondern was er wirklich leistet, ohne volle Bezahlung zu erlangen, ist rechtlich „verdienter" Lohn, plus nicht bezahlter Mehrarbeit, welch letztere der Unternehmer eingesteckt hat. Der Arbeiter ist sohin bis an sein Lebensende der Geprellte, so lange die gegenwärtige Erwerbs- und Wirtschaftsordnung nicht beseitigt ist.

Lujo Brentano hat bereits vor zirka einem Vierteljahrhundert die These aufgestellt, daß dem Arbeiter der Versicherungszwang nicht angemutet werden könne, so lange die heutige Erwerbsordnung keinerlei Sicherung des Erwerbs und des Einkommens der Arbeiter kenne. Die Zwangsversicherung für die Arbeiter ist aber doch gekommen, trotz des Einspruchs des Münchner Professors; der Arbeiter zahlt jährlich zwischen 22 bis 35 [illegible] an Versicherungsbeiträgen, aber im Notfall versagt die Gegenleistung dafür oder ist ungenügend, und nicht mal die Altersgrenze für die Altersversicherung hat man vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt. Was aber nun gar die Sicherung des Einkommens und des Erwerbs betrifft, so zeigte soeben die jüngste Stilllegung einer Anzahl Kohlenzechen im Ruhrgebiet, die zur Arbeitslosigkeit und dem Ruin Tausender armer braver Menschen und deren Familien führte, wiederum die große Gefahr für die Gesellschaft, die im Privateigentum an den Produktionsmitteln der oberen Zehntausend liegt. Der Arbeiter hat ein Recht auf Leben und Existenz! So hieß es schon 1848 in der Frankfurter Paulskirche; Bismarck aber bewies ein Menschenalter später als Reichskanzler im Reichstage, daß Staat und Gesellschaft ein solches Recht nicht anzuerkennen vermöchten. „Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben die nur, die was haben", heißt es schon bei Heine. Die Sicherung des Einkommens und des Erwerbs durch die Gemeinschaft ist eben auch nur eine professorale Weisheit in einer Gesellschaft, in der kein Arbeitszwang, sondern lediglich die Freizügigkeit und die Freiheit, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, beziehentlich so viel zu erwerben, als dies immer nur, ohne dabei direkt zu stehlen oder zu betrügen, geschehen kann. Die Sicherung des Einkommens und die Gewerbefreiheit stehen zueinander im Widerspruch, schließen sich aus, und nur der ist im Vorteil, der unter der Gewerbefreiheit schon etwas besitzt, mittels welchen Besitzes er den andern, Nichtbesitzenden, zur Arbeit zwingen und seine Arbeitskraft beliebig ausbeuten kann. Natürlich im Rahmen eines „freien" Arbeitsvertrags, wie sich das in einem Vertrags- und Rechtsstaate, wie dem kapitalistischen, ganz von selbst versteht.

Ueberflüssig, daran zu erinnern, wie sich auf solche Weise das wirkliche Verhältnis für den Arbeiter gestaltet, dessen „rechtliche Gleichheit" mit dem Arbeitgeber, vulgo Unternehmer, in die elendeste Ungleichheit und Sklaverei ausmündet.

Aber der Arbeiter muß leben, und wenn er Familie hat, auch diese. Doch alle Welt teilt sich mit ihm in seinen Arbeitslohn, und nicht zuletzt das Reich, der Staat und die Gemeinde. Und immer größer wird die Rate der Abtrennung vom Lohn für die öffentlichen Gewalten und stets ungewisser wird das Einkommen und der Erwerb. Und weil auch das „bißchen Sozialreform" den Arbeiter nicht gegen die mannigfachen Fährlichkeiten im Erwerb genügend schützt, so hätte derselbe in der Tat Veranlassung, daneben eine ganze Anzahl von Versicherungen neben der gegen Krankheit, Alter und Invalidität einzugehen. Dieser Meinung war auch schon Brentano im Jahre 1881, als er seinerzeit beim Kommen der Arbeiterversicherungsgesetze in einem Schriftchen über den Arbeiterversicherungszwang ausführte, daß der Arbeiter unter der Herrschaft der heutigen Erwerbsordnung eigentlich eine sechsfache Versicherung eingehen müsse: 1. eine Versicherung von Erziehungsgeldern für seine Kinder für den Fall seines Todes; die Waisenversicherung haben wir bekanntlich noch heute im Reiche nicht, und ob sie 1910 wirklich kommen wird, erscheint noch fraglich! — 2. eine Versicherung seines Unterhalts bei der Arbeitslosigkeit, sei es infolge mangelnder Nachfrage, sei es infolge von Arbeitseinstellung oder Aussperrung; 3. eine Begräbnisversicherung, zu welcher drei Versicherungsformen dann die Versicherungen gegen Krankheit, Invalidität und Alter treten, welche wir bereits, wenn auch ungenügend ausgebaut, bei uns im Reich haben. Und mit Recht hielt damals schon Brentano die Versicherung gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit für die wichtigsten unter den sechs Versicherungsformen, die er als „Voraussetzung der Wirksamkeit aller übrigen" bezeichnete, denn, meinte er, „da die gesetzliche Gewährleistung eines Einkommens aus Arbeit fehlt, kann während der durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit hervorgerufenen Erwerbslosigkeit nur eine derartige Sicherstellung der wirtschaftlichen Grundlagen der Arbeiterbevölkerung dieser die Zahlung der Beiträge ermöglichen, welche zur Versicherung gegen die übrigen Gefahren, von denen ihr Dasein bedroht ist, gezahlt werden müssen."

Die Versicherung gegen Krankheit haben wir inzwischen durch Reichsgesetz erlangt, niemand wird jedoch im Zweifel sein, daß die wichtigste Versicherung die Versicherung gegen Verdienstlosigkeit ist, denn aus der Arbeitslosigkeit entspringen fast alle Fährlichkeiten des Daseins der Arbeiter. Und gerade hier zeigt sich die ganze Impotenz des Klassenstaates: der Staat vermag die Unternehmer zur Versicherung gegen Verdienstlosigkeit der Arbeiter nicht zu zwingen; umgekehrt hat vielmehr nach den bekannten einwandfreien Darlegungen von Marx über den ökonomischen Prozeß des Kapitals, dieses ein Interesse daran, daß immer eine bestimmte Zahl von Arbeitern in jeder Branche arbeits- und verdienstlos sei, um durch diese konkurrierenden Arbeitslosen die im Arbeitsprozeß beschäftigten Arbeiter im Lohn und sonstigen Arbeitsbedingungen kurz zu halten. Die bekannte „industrielle Reservearmee" bei Marx. Wie die Unternehmer dagegen die Verdienst- und Arbeitslosigkeit großer Arbeiterkreise gerade provozieren, das hat ja eben wieder der Generalstreik der Bergarbeiter im Ruhrrevier gezeigt. Damit sie, die Unternehmer, mehr beim Verkauf der Kohle verdienen können, sollten die Bergleute weniger verdienen oder mehr leisten (verlängerte Seilfahrt), während der ausgesprochene Generalstreik dem Zwecke der Kohlenpreissteigerung dienen sollte, damit die Grubenmagnaten bei ihren Kohlenabschlüssen mit den großen Industriellen für den Sommer höhere Akkordpreise einstellen konnten. In der Tat haben die Kohlenbarone durch den Generalstreik eine Erhöhung von 50 Pfg. pro Tonne erreicht.

Das Widerstreben der Kapitalistenklasse gegen die Einführung einer Versicherung gegen Arbeits- oder Verdienstlosigkeit erklärt sich daher aus ihrem Interesse, ihrem Klassenegoismus. Wie wenig aber „Vater Staat" imstande ist, beim Konflikt großer Erwerbsklassen der Bevölkerung regulierend einzugreifen, das haben die Bülow, Möller und Hammerstein zur Genüge bewiesen.

So wird denn schließlich auch die wichtige Versicherung gegen Verdienstlosigkeit, der Arbeiterklasse selbst überlassen bleiben, da eine etwa mögliche Reichsversicherung, welche Abwehr- oder Angriffsstreiks von den Wohltaten einer solchen Versicherung ausschlösse, für den Arbeiter so gut wie keinen Wert hätte und es schade um jeden dazu gezahlten Beitrag wäre.

Inzwischen helfen sich die Arbeiter mit einer Reihe andrer privater Versicherungen neben der Reichs-Versicherung: Todesfall-, Lebens-, Renten-, Militär- usw. Versicherungen, mit welchen Notbehelfen sie indessen mehr oder weniger betrogen sind, weil die Maschen dieser Versicherungsgesellschaftsstatuten zuweilen so verworren sind, daß die Versicherten sich darin verstricken und die Leistungen der Gesellschaften abgestritten werden. Mehr noch aber gehen den Arbeitern die ihnen zustehenden Rechte aus den Policen dieser Gesellschaften infolge der Rechtsunkenntnis, falscher Auslegung der Paragraphen und besonders der unregelmäßigen Zahlung der Beiträge verlustig.

Die letztgenannte Kalamität der Nichteinhaltung der Prämienzahlung beweist am besten, daß der Arbeiter über seine Kräfte hinaus von seinem Arbeitslohn Abtrennungen nicht vornehmen kann, daß die Erfüllung der Pflichten gegen sich und seine Familie über eine gewisse Grenze hinaus ihm einfach zur Unmöglichkeit wird.

Und hier nun, wo der Staat einsetzen müßte, — vermag er dem Arbeiter das Existenzminimum in der heutigen Erwerbsordnung nicht zu gewährleisten, — hier versagt der Staat, wie er immer dann versagt, wenn ihn der Arbeiter am notwendigsten braucht, weil der Arbeiter allezeit der schwächere Teil in der Gesellschaft ist.

So ist die Arbeiterversicherung eine kümmerliche Pflanze unsrer heutigen Zivilisation, die sich auf dem kapitalistischen Mistbeete des mühelosen Erwerbs aufbaut, eine Zivilisation, deren beide Pole: Not und Elend hier, und Müssiggang, Schlemmerei und glänzender Reichtum dort sind. Eine solche „Zivilisation" zum Tore hinauszublasen, je eher, je lieber, muß als eine hohe sittliche Pflicht erscheinen. Glücklicherweise kommen die betrogenen Arbeiter immer mehr dahinter.

Klassenkampferscheinungen.

Daß von Vertretern der Gewerkschaften jeder „Mißbrauch" des Koalitionsrechts durch organisierte Arbeiter zu vermeiden gesucht wird, bewies wieder einmal recht deutlich eine Beleidigungsklage, die von der arbeitswilligen Zigarettenarbeiterin Mögel gegen den Vertrauensmann der Tabakarbeiter, Rich. Uhlig, gerichtet war. In einer Verhandlung des Dresdner Gewerbegerichts, das als Einigungsamt von den Arbeitswilligen während des Streiks der Zigarettenarbeiterinnen der Firma Josetti angerufen worden war, sollte U. neben 16 Arbeitswilligen, auch die Klägerin dadurch beleidigt haben, daß er von ihr mit behauptet habe, sie habe während des Streiks an den Streikenden in häßlichster und schändlichster Weise gehandelt. Infolge dieser Behauptung will die Klägerin schwer zu leiden haben. Sie werde jetzt von fast allen Arbeiterinnen verachtet, und diese Mißachtung drücke sich oft in der peinlichsten Weise aus. Genosse Uhlig bestreitet dagegen, diese Aeußerungen als seine Behauptungen gegen die Klägerin vor dem Gewerbegericht vorgebracht zu haben. Vielmehr habe er das nur als die Meinung der Streikenden vorgebracht, um deren Haltung gegen die 17 zu erklären. Die Einigungsverhandlungen stießen nämlich deshalb auf Schwierigkeiten, weil die Streikenden mit diesen 17 nicht wieder zusammenarbeiten wollten. Diese sollten sich besonders gehässig während des Streiks gegen die Streikenden benommen haben. U. selbst hatte als Beauftragter der Organisation sich sogar bemüht, die Möglichkeit einer Wiedereinstellung auch der 17 Arbeitswilligen zu erwirken. Das wird auch bewiesen insofern, als der Mitinhaber der Firma Josetti, Herr Meier, als Zeuge bestätigt, daß U. für Wiedereinstellung auch dieser Arbeitswilligen eingetreten ist. Also ein Terrorismus durch die Gewerkschaft — wie seinerzeit die Süddeutsche Tabakzeitung behauptete — war absolut nicht festzustellen!

Hiernach fehlte auch die Voraussetzung für eine durch Uhlig begangene Beleidigung. Er hatte nur konstatiert, was die Streikenden über die 17 Arbeitswilligen dachten. Wenn diese durch die Differenzen in der Fabrik Josetti deshalb, daß sie sich nicht mit den Streikenden solidarisch gezeigt haben, mancherlei üble Folgen zu tragen haben, so liegt das nicht an der Organisation der Tabakarbeiter oder dessen Vertreter, sondern an den Verhältnissen. Dieser von U. zum Ausdruck gebrachten Ansicht konnte das Gericht sich auch nicht verschließen. Da auch die von der Klägerin geladenen Zeuginnen bestätigen mußten, daß U. die kritischen Aeußerungen nicht als seine Meinung gebraucht habe, blieb für eine Bestrafung keine Möglichkeit mehr.

Gewerbegerichtsvorsitzender Dr. Stübing, der auf Befragung des Angeklagten zugab, nach dessen Ausführungen vor dem Gewerbegericht gesagt zu haben: ich freue mich, konstatieren zu können, daß von seiten der Gewerkschaftsleitung keinerlei Terrorismus geübt worden ist, sowie die Gewerbegerichtsbeisitzer Vogel und Zimmermann schilderten den Sachverhalt so, wie ihn U. dargestellt hatte. Er wurde deshalb kostenlos freigesprochen. Die nicht unerheblichen Kosten wurden der Klägerin zur Last gelegt.

In der Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende, daß das Gericht nicht anstehe, zu erklären, daß es im vorliegen-

den Falle mit seinen Sympathien auf seiten der Arbeitswilligen stehe, gegen die von seiten der Streikenden eine Haltung eingenommen worden sei, die vom Standpunkt des Koalitionsrechtes nicht gebilligt werden könne.

Diese Bemerkung konnte sich das Gericht sparen, denn etwas Neues ist solche „Sympathie" für Streikscheue in diesen Kreisen — zumal in unserm grün-weißen Vaterlande — durchaus nicht!

Rundschau.

Sozialpolitische Gesetzentwürfe. Von angeblich unterrichteter Stelle wird der Sozialpolitischen Rundschau geschrieben: Im Reichsamt des Innern wird mit großem Eifer an zwei Gesetzentwürfen, demjenigen auf Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und einem zweiten auf Schaffung von Arbeitskammern, gearbeitet. Beide Entwürfe sollen dem Reichstag noch in der gegenwärtigen Session zugehen, und zwar wird mit der Vorlegung des erstgenannten Entwurfs schon im nächsten Monat gerechnet, während der Gesetzentwurf über die Schaffung der Arbeitskammern um Ostern dem Reichstag zugehen soll. Ueber den Inhalt dieses Entwurfs verlautet, daß die Arbeitskammern in der Richtung ausgebaut werden sollen, wie Graf v. Posadowsky bereits in der Sitzung des Reichstags vom 30. Januar vorigen Jahres angedeutet hatte. Geplant ist die Schaffung paritätischer Kammern nach dem Muster der einigungsamtlichen Institutionen mit der Aufgabe, bei Arbeitsstreitigkeiten vorbeugend und vermittelnd zu wirken, ähnlich wie dies bei den Einigungsämtern schon heute der Fall ist. Eine Erweiterung gegen diese ist insofern schon in Aussicht genommen, als der Verhandlungszwang in Vorschlag gebracht werden soll, während im übrigen von Zwangsmaßnahmen, insbesondere zwingender Kraft des Schiedsspruches, abgesehen werden wird. Die Tätigkeit der neuen Arbeitskammern wird sich jedoch nicht auf die Beilegung von Streitigkeiten beschränken, sondern diese werden namentlich bei sozialwirtschaftlichen Fragen herangezogen werden, wobei sowohl an gemeinsame Gutachten von Arbeitgebern und Arbeitern nach voraufgegangener Einigung sowie an die Erstattung von Separatvoten gedacht ist, sofern sich eine Einigung nicht erzielen läßt.

Wir harren der Dinge, die da kommen sollen, mit wenig zuversichtlichen Gefühlen, so bemerkt dazu die Holzarbeiter-Zeitung. Die letzten zehn Jahre haben uns so viel sozialpolitischen Rückschritt gebracht, daß es uns schwer wird, diese sozialpolitische Zukunftsmusik ernst zu nehmen.

Vom Wohnort zum Arbeitsort. Eine sehr interessante Statistik wird im statistischen Jahrbuch für den preußischen Staat aufgemacht. Es bringt u. a. Ergebnisse der Ermittelungen über die Entfernung zwischen Arbeitsort und Wohnort bei der am 1. Dezember 1900 in den Groß- und Industriestädten und einigen Industriegebieten sowie in deren Umgebung arbeitenden oder vorhandenen Bevölkerung. Es wird darin festgestellt, daß von ihrer Wohnstätte bis zur Arbeitsstätte 13 635 Arbeiter und Arbeiterinnen 1—2 Kilometer zurückzulegen haben, 15 077 2—3; 34 170 3—4; 35 388 4—5; 27 040 5—6; 39 892 6—7; 9343 7—8; 7344 8—9 Kilometer zurückzulegen haben.

Aber auch die in den großen Industrie- und Großstädten wohnenden und arbeitenden Arbeiter hatten beträchtliche Entfernungen zurückzulegen, um ihre Arbeitsstätte und umgekehrt ihre Wohnstätte zu erreichen. 22 212 hatten 3—4 Kilometer Weg, 25 498 6—7 Kilometer zurückzulegen.

Nach zwei Seiten ist diese Aufstellung interessant. Sie zeigt die Widersinnigkeit unserer heutigen kapitalistischen Produktionsordnung, die eine teilweise ganz erhebliche Kräfteverschwendung mit sich bringt. Auf der andern Seite predigt sie aber die Forderung eines intensiven Ausbaues der Verkehrsmittel, besonders in Groß- und Industriestädten und in deren Umgebung.

Teuerung. Zu der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit in München kommt nun auch noch eine förmliche Nahrungsmittelteuerung hinzu. Seit Jahren waren die Preise für Kartoffeln und Kraut nicht mehr so hoch wie gegenwärtig, ganz zu schweigen zu der enormen Preissteigerung für alle Gemüsearten, ganz abgesehen von der bevorstehenden Verteuerung von Brot und Fleisch durch den Sieg der Zollräuber. Die Biersieder wollen ebenfalls steigern und die Hausagrarier haben ohnehin so viel getan, daß ihnen zu tun kaum mehr etwas übrig bleibt. Die Industrie aber hat dank der vortrefflichen „nationalen" Politik der Reichstagsmehrheit in Deutschland immer weniger zu tun. Arbeitslosigkeit und Hunger. Das ist die erbauliche Perspektive für die nächste Zukunft der Massen. Die Krise wird nicht lange auf sich warten lassen. Trifft sie mit den Wirkungen des Zollwuchers zusammen, dann wird sie an Schärfe alle ihre Vorgängerinnen übertreffen.

Freisinnige Arbeiterpolitik. Die unter der Aufsicht des freisinnigen Stadtrats in Zittau stehende Direktion der Zittauer Straßenbahn und des Elektrizitätswerkes hat folgenden Passus in die Arbeitsordnung ihrer Angestellten aufgenommen:

> Demjenigen Angestellten, der seine Mitarbeiter zur Erzwingung höheren Lohnes aufreizt, einem Vereine oder Verbande angehört oder beitritt, der Streikbewegungen fördert, oder andere Angestellte zum Eintritt in einen solchen Verein oder Verband auffordert, wird die Stellung gekündigt. Nach Befinden tritt sofortige Entlassung ein.

Angesichts dieses famosen Passus in dem Arbeitsvertrage weist die Zittauer Morgenzeitung ganz entsetzt darauf hin, daß danach selbst die Mitgliedschaft bei einem Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mit sofortiger Entlassung bestraft werden kann. Gegen die Maßregelung von Gewerkschaftsmitgliedern scheint dieses Freisinnsblatt nicht allzuviel einzuwenden zu haben.

Ruhestörende Holzpantoffel. Was die Arbeiter für „raffinierte Sünder gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung" sind, beweist ein Strafmandat, das der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Jena einem armen Glasarbeiter zudiktiert hat. Es lautet:

> Der Glasmacher W. R. zu W.-Jena ist beschuldigt, dadurch ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt zu haben, daß er am 20. Januar, 2½ Uhr vormittags, beim Begehen der Mittelstraße mit seinen Holzpantoffeln übermäßig laut klapperte.
>
> Beweismittel: Schutzmann E. hier als Zeuge. Auf dem Grunde des § 360 Nr. 11 des Reichs-Strafgesetzbuches wird die durch vorbezeichnete Uebertretung von dem Beschuldigten verwirkte Geldstrafe auf 2 Mk. hiermit festgesetzt.
>
> Der Gemeindevorstand.
> Oberbürgermeister Singer.

In der Universitätsstadt Jena, wo die Studenten so manchen Studentenulk in Szene setzen, der nicht sehr geräuschlos abgeht, mutet uns diese Strafverfügung sonderbar an.

Begnadigte Mörder. Die drei Brüder Crettiez, die noch im Gefängnis saßen, sind nun auch begnadigt. In aller Erinnerung ist wohl noch die Streikaffäre von Cluses: Die vier Brüder Crettiez hatten die Unverschämtheit, in einen Haufen friedlicher streikender Arbeiter hineinzuschießen. Es erfolgte die Bestrafung der vier Brüder mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr. Einer der vier wurde bereits zu Neujahr begnadigt, und nun sind auch die anderen drei lange Zeit vor Abbüßung ihrer wohlverdienten Strafe entlassen worden. Der Präsident von Frankreich scheint die Begnadigungstechnik, die so feine Unterschiede zwischen Bourgeois und Arbeitern zu machen versteht, bei gewissen europäischen Potentaten erlernt zu haben.

Erhebungen über die Frauenarbeit im österreichischen Bergbaubetriebe, die durch die Arbeiternovelle vom 21. Juni 1884 das letztemal eine einschränkende Regelung erfahren haben, sind vom Ackerbauministerium neuerdings eingeleitet worden. Unter Zugrundelegung des 22. November 1904 als gemeinsamen Erhebungstages sollen sowohl die bergbaulichen Betriebe einschließlich der Werkstätten zur Aufbereitung, dann die mit den betreffenden bergbaulichen Anlagen unmittelbar in Verbindung stehenden Koksöfen, Röstöfen und Brikettsfabriken als auch die der bergbehördlichen Aufsicht unterstehenden Hüttenwerke einschließlich der Salzsudhütten statistisch geprüft werden, und zwar werden sich die bezeichneten Erhebungen nicht nur auf die erwachsenen Frauen, sondern auch auf die jugendlichen Arbeiterinnen und die Kinder weiblichen Geschlechts erstrecken. Zweck der Erhebung ist, festzustellen, in welchem Umfange sowie in welcher Art weibliche Arbeitskräfte beim Bergbaubetriebe gegenwärtig überhaupt verwendet werden, um hiernach beurteilen zu können, welchen Einfluß etwa die Erlassung eines Verbots der Beschäftigung der Frauen beim Bergbau zur Nachtzeit einerseits auf die Bergbauindustrie und anderseits auf die hiervon betroffenen Kreise der Arbeiterschaft wirtschaftlich auszuüben vermöchte.

Gegen den niederländischen Gesetzentwurf über den Arbeitskontrakt wird auch, nachdem der Entwurf seit seinem ersten Erscheinen in einigen Teilen verbessert worden ist, von der organisierten Arbeiterschaft lebhaft agitiert. Das Agitationskomitee, das gebildet worden ist, um sich mit diesem Entwurf wie auch mit dem Entwurf zum Arbeitsgesetz zu befassen, hatte eine allgemeine Versammlung von Vertretern der Arbeiterorganisationen nach dem Volkshause in Utrecht einberufen. Hier wurde mit 31 694 vertretenen Stimmen bei 3173 Stimmenthaltungen eine vom Agitationskomitee vorgeschlagene Resolution angenommen, in der ausgesprochen wird, daß der nue Entwurf zwar einige Verbesserungen enthalte, daß aber diese Verbesserungen den vom Komitee geäußerten Beschwerden gegenüber ganz geringfügig seien. Wenn der Entwurf in seiner jetzigen Form Gesetz werde, so würde die Gewerkschaftsbewegung und damit auch die Arbeiterschaft Niederlands geschädigt, und darum müsse auch dieser revidierte Entwurf verworfen werden.

Dem Liede von den Hungerlöhnen der Arbeiterinnen und Arbeiter fügen die folgenden Zahlen einen neuen Vers hinzu. In der Papierfabrik in Kriebischthal bei Waldheim werden Familienväter mit Stundenverdiensten von 15—17 Pfg. abgespeist. Was natürlicher, als daß durch diese Entlohnung die Frau zur Erwerbsarbeit aufgepeitscht wird, auch wenn sie reichlich im Heime mit der Führung der Hausgeschäfte und der Pflege der Kinder zu tun hat! Der Besitzer der Papierfabrik, Herr Niethammer, wacht als sächsischer Landtagsabgeordneter darüber, daß die ††† Sozialdemokraten nicht die Familie zerstören und durch Aufrichtung des Zunkunfts-Zuchthausstaats Kinder der Fürsorge der Eltern entreißen und dem Lose der unglückseligen Strampel-Annie überantworten, Eugen Richters Tochter seligen Angedenkens. Der nette Eindruck, den Waldheim macht, läßt kaum die Armut vermuten, welche hier die kapitalistische Ausbeutung des Volkes heraufbeschwört. Erwerbs- und Lebensverhältnisse sind ganz besonders für die Heimarbeiterinnen der Tabakindustrie traurig. Sie müssen sich vielfach mit Wochenlöhnen von 5—7 Mk. begnügen. Auch wenn diese Groschen nur einen Zuschuß zu dem Einkommen des Mannes bilden, ist die Lebensweise eine gesundheits- und kulturwidrige, da die meisten Familien kinderreich sind. Die Zigarrenmacherinnen in Hartha sind hinsichtlich ihrer Entlohnung und ihrer Existenzverhältnisse um keinen Deut besser daran. Aber den Rekord in punkto Ausgebeutetwerden schlagen unstreitig die Heimarbeiterinnen der letzteren Stadt, welche mit dem Einfassen von Filzpantoffeln, -Schuhen und -Stiefeln beschäftigt sind. Sie verdienen im buchstäblichen Sinne des Wortes Bettelpfennige. Fast mit Neid dürfen sie nach dem Verdienst der Rohrstuhlflechterinnen schauen, ebenfalls Heimarbeiterinnen, von denen manche im Vierteljahr nicht mehr als 21—24 Mk. erwerben. Und dabei müssen meist die Kinder tüchtig mithelfen, damit dieser „horrende" Lohn erzielt wird. In Deutschland hat bekanntlich der Arbeitende eine auskömmliche und bis ins hohe Alter gesicherte Existenz. Wer's nicht glaubt, zahlt einen Taler.

Ueber den Umfang der Frauenarbeit in Indien enthält die Volks- und Berufszählung vom 1. März 1901 sehr interessante Zahlen, welche die starke Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der Erwerbstätigkeit, am Kampfe um den Lebensunterhalt erweisen. Von der gesamten Bevölkerung Indiens, die 294,4 Millionen betrug, waren 138,8 Millionen Personen erwerbstätig, das sind 47 Prozent. Weibliche Erwerbstätige wurden 43 046 902 gezählt, je 45 auf 100 männliche. Die meisten Frauen sind in der Landwirtschaft, in der Nahrungsmittel- und Textilindustrie, sowie bei ungelernter Arbeit beschäftigt. In Indien entwickelt sich sehr rasch die moderne, kapitalistisch ausgebeutete Industrie und zieht die Frau als Lohnsklavin in ihren Bannkreis. So tritt neben das millionenköpfige Heer der Landarbeiterinnen ein schnell anschwellendes weibliches Industrieproletariat.

Gegen Zollermäßigung. Aus Washington berichtet die Neuyorker Volkszeitung: „Die Zigarrenmacher-Union hat ebenfalls gegen die vorgeschlagene Reduktion des Zolles auf von den Philippinen kommenden Tabak um 25 Prozent protestiert, ebenso wie die Pflanzer und Tabakhändler in vielen Staaten. Deren Proteste und deren Befürchtungen werden aber von M. F. Löwenstein, dem Geschäftsführer einer großen Tabakfirma in Manila, in einem längeren Briefe an das Kriegs-Departement als grundlos bezeichnet. Die Zollreduktion würde der Tabakindustrie in den Vereinigten Staaten durchaus nicht schaden, sagt Löwenstein, denn selbst wenn der Tarif um 25 Prozent reduziert würde, so würden dennoch die Transportkosten, und die Versicherung des Tabaks oder der Zigarren mit dem Exportzoll so hoch sein, daß der Export derselben von den Philippinen nach den Vereinigten Staaten sich nicht bezahlen würde. Löwenstein behauptet auch in seinem Briefe, daß der meiste auf den Philippinen gepflanzte Tabak dort konsumiert und der Rest nach dem Orient geschickt werde, wo die Nachfrage nach solchem Tabak immer größer werde. Unter diesen Umständen würden die Pflanzer auf dem Archipel gar nicht daran denken, große Quantitäten Tabak nach den Vereinigten Staaten zu schicken. Noch einen andern Grund führt Löwenstein gegen die Proteste der Zigarrenmacherunion an. Er sagt nämlich, daß in den Vereinigten Staaten gar keine Nachfrage nach Philippinen-Zigarren oder Zigaretten sein würde, da dieselben nach dem Transport nicht den hier gestellten Anforderungen entsprechen. Der Tabak und die Zigarren büßten das Aroma ein, wenn sie dem Klima in den Vereinigten Staaten ausgesetzt werden und der Raucher will sie nicht haben. Alle andern Gründe gegen die Reduktion des Zolles gelten nicht für Mr. Löwenstein, selbst das Argument, daß mit der Zollreduktion die Zigarrenproduktion auf den Philippinen überhand nehmen und der hiesigen Industrie sehr schaden würde, hält er nicht für stichhaltig, da, wie er sagt, die Zigarren- und Tabakindustrie auf den Philippinen nur auf zwei Provinzen beschränkt ist und demnach nicht so viel produziert werden kann. Zu dem komme noch der Mangel an Arbeitern. Löwenstein ist der Ansicht, daß, abgesehen von sehr billigen Zigarren, die Vereinigten Staaten sich nicht als guter Markt für Philippinen-Tabak erweisen würde."

Das Programm der australischen Arbeiter. In Sidney fand ein Kongreß der Arbeiter der fünf australischen Kolonien statt. Der Kongreß erklärte: Das Ziel der australischen Arbeiterpartei ist Hebung der materiellen und der geistigen Entwicklung des australischen Gemeinwesens, Selbstregierung, Erhaltung der Vorherrschaft der weißen Rasse. Der gesamte Ertrag ihrer Arbeit soll den Produzenten dadurch gesichert werden, daß die großen Monopole in den Besitz der Nation übergeführt und die wirtschaftlichen und industriellen Funktionen des Staates und der Gemeinden erweitert werden.

Dieses Programm deckt sich zwar nicht mit dem der internationalen Sozialdemokratie, die ja nicht die Monopole, sondern alle Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz überführen und der Klassenherrschaft der Bourgeoisie ein Ende machen will; aber immerhin zeigt die Annahme solcher Forderungen doch wenigstens, wie weit die australischen Arbeiter heutzutage von den Lehren der Individualisten und der Manchestermänner abgerückt sind.

Hoffentlich nimmt auch in Australien die Entwicklung ihren weiteren Verlauf in dem Sinne, daß wir in nicht allzu ferner Zukunft auch die australische Gesamtarbeiterschaft in den Reihen der internationalen Sozialdemokratie freudig begrüßen können.

Arbeiterhaushaltskosten im Jahre 1904.

Die Halbmonatsschrift Der Arbeitsmarkt* macht hierüber folgende Angaben: Die Ausgaben für die Ernährung waren in dem zu Ende gehenden Jahre höher als je in einem Jahre seit 1900. Zu diesem Ergebnis gelangt man auf Grund der monatlichen Berechnungen, die Der Arbeitsmarkt seit 1898 allmonatlich über den Kostenaufwand für die wöchentliche Ernährung einer Arbeiterfamilie in verschiedenen Städten des Reiches macht. Als wöchentlicher Bedarf an Lebensmitteln für das Ernährungsquantum eines Arbeiters ist die Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten zugrunde gelegt. Diese Wochenration hält die Marineverwaltung zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit ihrer Mannschaften für unumgänglich notwendig. Für den industriellen Arbeiter gibt es und kann es keine anerkannte Normalration geben, weil berufliche und territoriale Verschiedenheiten die Art der Ernährung sehr stark beeinflussen. Wenn daher die Ration des Marinesoldaten unterstellt wird, so geschieht dies nur in der Absicht, um vergleichbare Resultate zu gewinnen und die Bewegung der Kosten des wöchentlichen Nahrungsaufwands veranschaulichen zu können. Denn daß auf Grund der Veränderungen der Kosten, die für die Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten aufgewendet werden müssen, im großen und ganzen ohne weiteres auf eine Verteuerung oder Verbilligung der Volksernährung geschlossen werden kann, ergibt sich, wenn man erwägt, daß in der Verpflegungsration des Marinesoldaten alle wichtigen Volksnahrungsmittel mit einem recht glücklichen Verhältnisse vertreten sind. Nach den Speiserollen sind nämlich die wöchentlichen Portionen pro Mann für Schiffe in heimischen Häfen 800 Gramm Rindfleisch, 750 Gramm Schweinefleisch, 800 Gr. Hammelfleisch, 150 Gr. Reis, 300 Gr. Bohnen, 300 Gr. Erbsen, 500 Gr. Weizenmehl, 200 Gr. Backpflaumen, 300 Gr. Kartoffeln, 340 Gr. Zucker, 5250 Gr. Brot, 455 Gr. Butter, 106 Gr. Salz, 105 Gr. Kaffee, 21 Gr. Tee, 0,11 Liter Essig.

Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie ist der wöchentliche Nahrungsaufwand in der Weise angenommen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine erwachsene Person das dreifache der Normalration des Marinesoldaten berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelquanten, aus denen sich die Ration zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Markthallenpreisen unter Zuschlag einer 15prozentigen Erhöhung berechnet, da die niedrigsten Preise bekanntlich nicht die häufigsten sind. Verfolgen wir die auf diese Weise für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München gemachten Berechnungen vom Jahre 1900 ab, so ergibt sich, daß die Kosten der Er-

* Herausgeber Dr. J. Jastrow. Verlag G. Reimer, Berlin W. 35.

nährung im Durchschnitt sämtlicher Städte für eine Familie mit vier Köpfen betrugen in Mark:

	1900	1901	1902	1903	**1904**
pro Woche	20,44	20,56	20,72	21,15	**21,29**
pro Jahr	1062,88	1069,12	1077,44	1099,80	**1106,98**

Eine Familie, die für die nämlichen Nahrungsmittel gleicher Quantität und Qualität im Jahre 1900 1062.88 Mark zu bezahlen hatte, mußte im Jahre 1904 44.10 Mk. mehr oder 1106.98 Mk. aufwenden. Es trat also eine Verteuerung von etwas über 4 Proz. ein. Was die Bewegung in den einzelnen Monaten des Jahres 1904 betrifft, so setzte Danzig im ersten Vierteljahr niedrig ein und erreichte im August und September mit 20,97 den höchsten Wochensatz. In Berlin waren die Schwankungen ziemlich stark. In den Monaten März, April, Mai und Juni stellte sich der durchschnittliche Wochensatz auf 20,70 und erreichte im November mit 22,07 den höchsten Stand. Auch in Dresden zeigte der November mit 22,29 die teuersten Preise, während die niedrigsten in den September fielen. In Chemnitz setzte das Jahr 1904 gleich in den ersten Monaten mit hohen Preisen für Nahrungsmittel ein, so daß im Februar der wöchentliche Aufwand sich auf 23.18 Mk. bezifferte. Der billigste Monat mit einem Wochensatz von 21.69 Mk. war der September. Der nämliche Monat war in Leipzig der teuerste mit 21 Mk. gegen 20.63 im Mai. Auch in Stuttgart zeigte der September mit 21.55 den höchsten Stand, der Juni mit 20.53 den niedrigsten. In München endlich setzte das Jahr niedrig ein, der Februar zeigte mit 20.38 den tiefsten Stand. Vom September ab findet eine starke Steigerung statt, die im November mit 23.64 ihren Höhepunkt erreicht. Berechnet man aus den Wochensätzen den Durchschnitt für das ganze Jahr 1904, so ergibt sich, daß der Jahresaufwand für Ernährung in Chemnitz mit 1164 Mk. den höchsten Betrag erforderte. In ziemlichem Abstand, aber immer noch über 1100 Mk., wurden beansprucht in Dresden (1126.84 Mk.), München (1112.24) und Berlin (1102.92). Unter 1100 Mk. bleiben Stuttgart mit 1090.44, Leipzig mit 1084.72 und Danzig mit 1074.84 Mk.

Berichte.

Groß-Steinheim. Am Sonntag, 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, fand im Lokal zur Gustavsburg unsre erste Versammlung statt. Die Mitglieder waren fast vollständig erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer Daus den Kassenbericht vom 4. Quartal; derselbe wurde in allen seinen Teilen für richtig befunden und wurde dem Kassierer von der Versammlung Decharge erteilt. Bei der Wahl des Vorstandes wurde per Akklamation der alte Vorstand wiedergewählt; für den dritten fehlenden Kontrolleur wurde Kollege Holzderber gewählt. Der weitere Punkt betraf die Berichterstattung der einzelnen Kollegen über ihre Agitation am hiesigen Ort, welche bezwecken sollte, unsrer Zahlstelle mehr Mitglieder zuzuführen. Diese Berichte waren insgesamt tieftraurige zu nennen. Bei allen Kollegen und Kolleginnen, welche aufgemuntert wurden, unserm Verbande beizutreten, konnte man die Ausrede hören: „Nun ich will es mir überlegen." Bei abermaliger Anfrage konnte man wiederum hören, sie hätten es sich immer noch nicht überlegt. Man könnte fast glauben, hier sei ein goldner Boden für die Tabakarbeiter. Manche Kollegen und Kolleginnen setzen sich einfach in den Kopf, an den Zuständen, wie sie jetzt bestehen, sei doch wenig oder gar nichts zu ändern. Sie sind einfach der Meinung, namentlich die Mehrzahl der verheirateten Kollegen, wenn sie abends nach beendigter Tagesarbeit zu Hause ankommen, dann muß die Arbeit der Frau, welche diese sich am Morgen in der Fabrik geholt hat, fertig gemacht werden, das sei von jeher so gewesen. Mann und Frau sitzen nachts um 11 und 12 Uhr noch beisammen und arbeiten. Wir fragen: Ist denn dies ein menschliches Dasein? Die hier am Orte ansässigen 500 bis 600 Tabakarbeiter sollten doch zu der Einsicht kommen, daß eine Besserung ihrer Lage zu erstreben ist. Und diese ist zu erreichen, wenn sie eintreten in den Verband der Tabakarbeiter. Es sollte doch ein jeder sehen, wie es immer rückwärts geht in unsrer Branche. Das zeigte letzte Woche wieder ein Vorfall in einer hiesigen Fabrik. Dort wurde seit Jahren Handarbeit angefertigt. Dieselbe wurde plötzlich eingestellt; vermutlich läßt sie diese Firma in einer andern Filiale anfertigen, aber natürlich 10 oder gar 20 Prozent billiger, das ist sicher. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, solltet Ihr dem Verband der deutschen Tabakarbeiter beitreten. Bei dem letzten Punkt der Tagesordnung: Verschiedenes, wurden einige interne Angelegenheiten besprochen.

Halberstadt. An dem Tage, an welchem die Kommission der Tabakarbeiter die Aussperrung für beendet erklärte, haben die Halberstädter Zigarrenfabrikanten durch den Deutschen Tabakverein ein Zirkular an ihre Berufskollegen gesandt, das im Tabakarbeiter abgedruckt wurde und in welchem aufgefordert wird, keinen Zigarrenmacher aus Halberstadt in Arbeit zu nehmen, bevor hier die Aussperrung aufgehört hat. Dieses Zirkular gibt uns zu allerhand Bedenken Veranlassung. Als auf Wunsch der Fabrikanten die Unterhandlungen eingeleitet wurden, die auch dann zur Beilegung der Differenzen führten, wurde uns das feste Versprechen gegeben, daß nach und nach in ganz kurzer Zeit jeder Ausgesperrte wieder eingestellt werden würde. Sofort alle Mann einzustellen, war angeblich nicht möglich, da die Betriebe erst wieder dazu eingerichtet werden müßten. Warum haben die Fabrikanten am Tage des Friedensschlusses das Zirkular versandt? Bis jetzt hat noch keine Fabrik alle ihre Arbeiter wieder eingestellt. Die verlorene Kundschaft und der schlechte Geschäftsgang sollen die Schuld daran tragen. Aber es ist auch möglich, daß die bis jetzt auf der Strecke Gebliebenen absichtlich nicht eingestellt werden. Was soll da das Zirkular? Wollen die Zigarrenfabrikanten ihre Macht beweisen und lassen deshalb ihre Arbeiter warten, bis es ihnen gefällt, sie einzustellen? Daß die Arbeiter außerhalb keine Arbeit erhalten, dafür ist durch das Rundschreiben wohlweislich gesorgt. Es sind noch 14 Zigarrenmacher und 30 Frauen (Wickelmacher, Zurichter, Bekleber usw.) ohne Arbeit. **Wir warnen die Kollegen in Deutschland nachdrücklichst vor Zuzug nach Halberstadt, solange diese noch Ausgesperrten nicht eingestellt sind.**

Folgende Gelder gingen noch ein: Heinrich Beyer, Münchenbernsdorf, 5 Mark, C. Mallwitz, Pasewalk, 1.90 Mark.

Kreuznach. Die am 11. Februar 1905 abgehaltene öffentliche Tabakarbeiterversammlung, Zahlstelle Kreuznach, hörte einen Vortrag des Genossen Herrmann-Biebrich über Zweck und Nutzen des Verbandes. Der Redner kam auf die Kreuznacher Zustände zu sprechen und beleuchtete die jetzigen Verbandsverhältnisse gegen die früheren; er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß von 200 Tabakarbeitern nur 25 dem Verbande angehören und forderte die dem Verbande noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen auf, es als ihre Pflicht zu betrachten, sich dem Verbande anzuschließen. Das Unternehmertum schließe sich zusammen in Vereinigungen, die Arbeiter hätten es noch weit mehr notwendig, sich zusammenzuschließen, um der Macht des Kapitals geeinigt gegenüberzustehen. Redner kommt sodann noch auf das schädliche Wirken der Hausarbeit der Arbeiterschaft gegenüber zu sprechen. An der darauf folgenden Debatte beteiligten sich Kollegen und Kolleginnen im zustimmenden Sinne. Kollege Herrmann forderte dann im Schlußwort nochmals die Kollegen auf, sich nicht gegenseitig in Zank und Zwietracht zu schädigen, sondern Einigkeit walten zu lassen, damit mit der Zeit die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen sich dem Verbande anschließen.

Sprottau. Am 18. Februar tagte im Gasthof zum grünen Baum die erste diesjährige gut besuchte Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904; 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure; 3. Antrag zur Gründung einer Lokalkasse; 4. Verschiedenes. Nachdem der zweite Bevollmächtigte, Kollege Tscharntke, die Abrechnung verlesen, welche von den Kontrolleuren für richtig befunden wurde, erteilte man dem Kassierer Decharge. Als erster Bevollmächtigter wurde dann gewählt Gustav Langner, als zweiter Robert Tscharntke und als dritter Karl Schüler; Max Pursch, Frau Schmidt und Frau Hellmich als Kontrolleure. Zum 3. Punkt erteilte man dem Kollegen Dolanski das Wort. Dieser erläuterte seinen Antrag in geschickter Weise, hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Die meisten Redner äußerten sich dahin, daß wir den Mitgliedern keine Extrasteuern auferlegen könnten, erstens würden wir dadurch Mitglieder verlieren und die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen, welche wir noch gewinnen wollen, würden sich an den hohen Beiträgen stoßen. Der Antrag wurde mit großer Majorität abgelehnt. Zum 4. Punkt wurde beschlossen, jeden Monat eine Versammlung einzuberufen. Die Kollegen versprachen, sich zahlreich daran zu beteiligen. Kollegen und Kolleginnen, agitiert weiter für den Verband und haltet treu zu ihm; besucht die Versammlungen zahlreich, damit wir uns gewerkschaftlich sowie politisch aufklären können.

Trebbin. Am 11. Februar hielt unsre Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Kassenbericht; 3. Kartellbericht; 4. Gewerkschaftliches; 5. Verschiedenes. Zum Kassenbericht verlas der Kassierer Otto Koch die Abrechnung vom letzten Quartal 1904; es wurde ihm Decharge erteilt. Dann verlas der Kassierer den Jahresbericht über seine Kassenverwaltung pro 1904. Zum Kartellbericht erhielt der Kartelldelegierte Franz Kohlmann das Wort. Er stellte es der Versammlung anheim, ob wir den 1. Mai durch Arbeitsruhe oder nur des Abends feiern. Da von zwei Fabriken nur wenige Kollegen und Kolleginnen anwesend waren, so mußte die Frage bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Der Kartelldelegierte Jekühm berichtet noch, daß durch Sammellisten für die streikenden Bergarbeiter bis jetzt 173.85 Mark eingekommen sind. Unter Gewerkschaftlichem stellte Kollege Koch den Antrag, aus dem Lokalfonds 4 Mark zu bewilligen, da ihm bei dem letzten Vergnügen ein Defizit von 8 Mark entstanden sei. Dieser Antrag wurde durch die übergroße Majorität abgelehnt. Unter Verschiedenem wurde die Lokalfrage angeschnitten. Kollege Jekühn stellte den Antrag, die Versammlungen abwechselnd abzuhalten; das wurde dem Vorstand überlassen. Nun, Kollegen und Kolleginnen, noch ein ernstes Wort! Besucht Eure Versammlungen und arbeitet alle recht kräftig mit an der Organisation, dann wird auch der Segen so fleißiger Agitation nicht ausbleiben. Dann werden auch wir hier in Trebbin sagen können, wir sind nicht länger mehr gewillt, für diesen so erbärmlichen Lohn zu arbeiten.

Trier. In der letzten Mitgliederversammlung wurde die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen, dieselbe wurde für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten, die Wahl ergab das bisherige Verhältnis, nur das Schriftführeramt wurde einem andern Kollegen übertragen. Hierauf erhielt Kollege W. Herrmann-Biebrich das Wort zu seinem Vortrag: Die Lage der Tabakarbeiter und was bietet uns der Deutsche Tabakarbeiterverband? Redner verstand es, die Versammlung mit seinen Ausführungen zu fesseln. Im wesentlichen wurde folgendes ausgeführt: Immer mehr geht unsre Industrie in die ländlichen Orte über. In den Großstädten sinkt unsre Industrie auf das geringste Maß herab. Lohn- und Arbeitsverhältnisse sinken dadurch ebenfalls mehr und mehr. Die Kollegen auf dem Lande (Bauernsöhne) betrachten ihren Verdienst als eine Nebeneinnahme und fragen wenig nach dem Lohnverhältnis. In flotter Periode geht es mit gefülltem Tragkorb von der Fabrik nach Hause, und dann wird geschafft bis in die Nacht hinein. Ist es möglich, fragt Redner, hiergegen Stellung zu nehmen? Mit Ja sei diese Frage zu beantworten. Und diese Bejahung liege in unsrer Organisation, dem Deutschen Tabakarbeiterverband; derselbe biete jegliche Gewähr, uns nach jeder Richtung hin zu schützen. Je mehr unser Verband auf dem flachen Lande Erfolge erzielt, desto besser sei es für die ganze Industrie. Der Verband fördere die Einsicht des erbärmlichen Lohnverhältnisses. Also, schloß der Redner, trotz aller Beunruhigungen und sonstigen Bedrückungen, die auf unsrer Industrie lasten, halt fest an unsrer Organisation. Erfüllen wir unsre Pflicht; erkennen wir in der Organisation die Macht und die Kraft für unsre Fortentwicklung. Die Mahnung des Vorsitzenden, das Gehörte weiter zu tragen, besonders in unserm dunklen Trier, wo Aufklärung sehr notwendig wäre, fand allseitige Zustimmung.

Zur Beachtung für alle, welche an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schicke es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigne. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreib nicht „gestern" oder „heute", sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 21. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum Tode Menzels. — Die Bauern und die Revolution in Rußland. Von K. Kautsky. — Friedrich Leßner. Von F. M. — Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland. Von N. Riasanoff. (Fortsetzung.) — Konsumvereinsbewegung und Sozialdemokratie. Von Herm. Fleißner. — Literarische Rundschau: Wilhelm Bölsche, Aus der Schneegrube. Von Leopold Loeske. — Untersuchungen über die Heimarbeit der Frauen in Dresden. Von ad. br.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Ohlenhorst**, Mozartstr. 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Oelmühle 21.

Eingegangen: Blotho 40 Mk., Gera 50 Mk., Rostock 70 Mk., Gräfenhainichen 100 Mk., Langenbielau 50 Mk. — Sterbekasse: Deuben 5.15 Mk., Rinteln 14.86 Mk., Brieg 7.95 Mk., Hannover 48.42 Mk., Neustadt 13.50 Mk., Breslau 93.50 Mk.

Zuschüsse: Mundenheim 75 Mk., Delitzsch 75 Mk., Heiligenstadt 75 Mk., Klein-Steinheim 50 Mk., Hausberge 50 Mk., Pirna 100 Mk., Celle 75 Mk., Goldberg 75 Mk., Rödersheim 50 Mk., Ottensen 200 Mk., Breslau 293.35 Mk., Finsterwalde 100 Mk. — Krankengelder: 73.42 Mk.

Hamburg, den 20. Februar 1905. **P. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Rieder-Welland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II. zu adressieren.

Bekanntmachung.

Paul Schellhardt aus **Gera**, Buch Ser. I, 13892, ist ohne Abmeldung von Mühlhausen i. Thür. abgereist. Derselbe hat 1 Mk. Strafe zu zahlen und darf keine Unterstützung erhalten.

Das auf den Namen **Jos. Dienst** aus **Oppeln** lautende Buch, Ser. I, 17268, ist zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Nach § 15, Abs. b, gestrichen: **Karl Albert Otto**, zurzeit in Schwedt a. O.

Die Mitgliedsbücher von **Jos. Dienst**, Ser. I, 17268, **Joh. Däuber**, Ser. I, 17238, und **Hermann Albrecht** aus **Stolp**, Ser. I, 14545, sind zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Die Zahlstelle Bielen-Sundhausen ist irrtümlich unter „Restantentafel" veröffentlicht, indem dieselbe erst im 1. Quartal 1905 gegründet wurde.

Bremen. **Der Vorstand.**

Die Adressen des Vorstandes der Luxemburger Tabakarbeiter lautet wie folgt: Konrad Driemeyer, 1. Bevollmächtigter, Nordstr. 15 Bonneschgewan, Bonneweg Luxembourg; Peter Burmer, 2. Bevollmächtigter, Clausen Luxembourg (Reiseunterstützung wird daselbst ausgezahlt); Markus Schmit, 3. Bevollmächtigter, Zigarrenarbeiter in Dommeldingen, Luxemburg. Vertrauensmann: Johann Schmit, Zigarrenarbeiter, Nicolasstraße 6, Luxembourg Stadt.

Vom 15. bis 21. Februar 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

	M ₰		M ₰
13. Februar. Cannstatt .	50.—	16. Helmstädt.	50.—
11. Gießen, d. W. Herrmann	5.—	17. Langwedel	80.—
11. Frankfurt a. M., durch W. Herrmann . . .	65.—	18. Orsoy a. Rh. . . .	100.—
11. Trier a. d. M., durch W. Herrmann	10.—	18. Wusterhausen . . .	40.—
14. Meißen	75.—	19. Elsterwerda	20.—
15. Burgsteinfurt . . .	100.—	19. Hartha	100.—
15. Senftenberg	50.—	19. Trebnitz	75.—
15. Griesheim, F. Frischauf	10.—	20. Hamburg.	400.—
		20. Bernau	70.—
		20. Hannover	200.—

B. Freiwillige Beiträge:

14. Februar. Eschwege, L. Neusüs 7.70

Berichtigung. In Nr. 7 des Tabak-Arbeiter muß es unterm 6. Februar statt Spremberg 24.85 Mk. freiwillige Beiträge Sprottau heißen.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 21. Februar 1905. **W. Rieder-Welland**, Marktstraße 18, II. Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Schwedt:** Gust. Rupp als 2. Bev., Ernst Trippense als 3. Bev.

Für **Neckarsteinach:** H. Apitsch als 1. Bev., H. Felby als 3. Bev.; P. van Elsen als Kontrolleur.

Für **Griesheim:** Valentin Notnagel als 1. Bev., Kasp. Massoth als 2. Bev., H. Satter als 3. Bev.; W. Schäfer, J. Becker, Georg Koch als Kontrolleure.

Für **Wandsbeck:** G. Giese als 1. Bev., E. Grandt als 2. Bev., F. Lund als 3. Bev.; C. Peters, P. Juppe, Frau Juppe als Kontroll.

Für **Hayman:** H. Rüffer als 1. Bev., G. Kiersch als 2. Bev., Albert Schäl als 3. Bev.; Ewald Garsuch, Ida Töpfer, Meta Simon als Kontrolleure.

Für **Berlin:** Wilh. Menz, Eugen Schulin als Kontrolleure.

Für **Heilbronn:** Joh. Hammer als 1. Bev., Karl Meixner als 2. Bev., Fr. Kleiner als 3. Bev.; Gust. Reinhardt, Wilh. Lindheimer, Karl Vogelmann als Kontrolleure.

Für **Oederan:** Bruno Wittig als Vertrauensmann (nicht Klimpke, wie in Nr. 8 steht).

Für **Niedersalzbrunn:** A. Schober als Kontrolleur.

Für **Edenkoben:** Emil Kurz als Kontrolleur.

Für **Wittenberg:** Wilh. Krämer als 1. Bev., Otto Fuß als 2. Bev., Fritz Mester als 3. Bev.; Bernh. Welling, H. Lutsche als Kontrolleure.

Für **Bünde:** G. Klüter als 1. Bev., G. Rabe als 2. Bev., G. Brinkmann als 3. Bev.; Fritz Depke, Fritz Pott, H. Stiegelmeyer als Kontrolleure.

Für **Barmbeck:** G. Behrmann als 1. Bev., W. Compart als 2. Bev., O. Kittel als 3. Bev.; P. Otto, H. Lenz, H. Schmidt als Kontrolleure.

Für **Landsberg a. W.:** Max Reschke als 1. Bev., Rud. Schulz als 2. Bev.

Für **Muskau:** Georg Richter als 1. Bev., Max Löbe als 2. Bev., Paul Reimschüssel als 3. Bev.; Georg Pietsch, P. Schurig, Aug. Bautz als Kontrolleure.

Für **Burgsteinfurt:** B. Fuchter als 1. Bev., W. Feld jun. als 2. Bev., A. Hilder als 3. Bev.; W. Rehorst, B. Diese als Kontroll.

Für **Jauer:** Rich. Rösner als 1. Bev., Ernst Herzog als 2. Bev., Max Kliche als 3. Bev.; G. Schneider, Ed. Rösner, Max Royß als Kontrolleure.

Für **Luckenwalde:** H. Petsching als 1. Bev., Fr. Rüsting als 2. Bev., H. Jeserig als 3. Bev.; Rich. Stötzer, H. Rosenthal, H. Nuglisch als Kontrolleure.

Für **Zossen:** Otto Rackow als 1. Bev., Fr. Berchem als 2. Bev., Rich. Lisseck als 3. Bev.; G. Reetz, Adolf Mäder als Kontrolleure.

Für **Hildesheim:** Wilh. Marahrens als 1. Bev., Aug. Sander als 2. Bev., Karl Koch als 3. Bev.; L. Gödecke, H. Thieas, Wilh. Rappe als Kontrolleure.

Für **Mühlhausen i. Thür.:** Otto Broesche als 1. Bev., Wilh. Kümmel als 2. Bev., Emil Herz als 3. Bev.; Karl Schütze, Wilh. Gerlach, Dora Nucke als Kontrolleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

J. Kemp aus Deventer. (20)

Gerh. Loeffen aus Isum, W. Reuleke, Frau Rinke, Fr. Krull, Fr. Koch aus Wernigerode, Frau Gärtner aus Bienenburg, Frau Jordan aus Elbingerode. (365)

Ernst Wittig aus Breslau, Artur Schneider aus Jauer. (168)

A. M. Lomo, Marg. Simon, Anna Maria Winter aus Klein-Auheim. (473)

Jakob Sicking aus Calcar. (243)

Pauline Albracht geb. Eising aus Bernburg, A. Göbhardt aus Ringelheim, Lamb. Brauers aus Goch (z. R.), Georg Busse aus Hannover (z. R.). (164)

H. Bierwirth aus Northeim, Joh. Schumann aus Wackatsleben, Martha Schatz aus Staßfurt, Anna Eggert aus Gartasleben. (222)

Reinh. Herz aus Reißer. (214)

L. Veth aus München. (223)

Gertrud Beckmann aus Lippstadt. (197)

Barbara Löb, Margareta Löb, Maria Kuhmünch, Eva Kuhmünch aus Klein-Steinheim, Katharina Löb aus Groß-Steinheim, Katharina Kuhmünch aus Hainstadt. (178)

Paul Suchlich aus Brieg. (37)

Ernst Simon aus Großbraunshain, Hildegard Händel, Lidda Erler aus Altenburg. (1)

Joh. Leverentzen aus Lübeck. (137)

Fritz Kuhlenbrink, Wilh. Schachtsiek aus Spenge, Joh. Pöllenbeck geb. Steube aus Wallenbrück. (327)

Minna Kupke aus Graudenz. (290)

Wilh. Castens aus Heide. (464)

Wilh. Hengst aus Nymegen. (288)

Elise Schwind aus Lindenfels, Jos. Schuhmacher aus Wiesenthal, Karl Kick aus Mönchenstein (Schweiz), Christ. Höflein aus Unter-Altsteinach, Kathar. Reinhardt aus Heidelberg, Ph. Köhler aus Ladenburg, Jos. Egenweier, Luise Deck, Anna Hufnagel aus Ladenburg. (200)

H. Unterbrink, Wilh. Bartling aus Bünde, Ernst Jeschke aus Lauenburg, H. Bohrenkämper aus Holsen, Fritz Holrock aus Humebrock, H. Vahle aus Rustedt. (25)

Adolf Feige aus Trachenberg, Selma Schmidt, Auguste Schmidt aus Breslau, Paul Nowotnik aus Kosten, Albert Scholz aus Fraustadt, H. Lehnert aus Waschke, Th. Fuchs aus Bernstadt. (286)

Gottl. Walter aus Böckingen. (48)

Kathar. Fichtner, Lies. Schwab, Anna Roßrucker, Franz Rinklef aus Schwetzingen, Joh. Engelhardt, Marie Deschmer aus Plankstadt. (318)

Ernst Schütz aus Giehren i. Schl., Gust. Geißler aus Dahme i. M., Fritz Fickert aus Breslau. (202)

Karl Reichel aus Heuchelheim, Karl Koch aus Rodheim, Karl Rinn aus Gleiberg, Artur Gretzke aus Oppeln. (408)

Elisabeth Post aus Zirke, Aug. Säckert aus Kolberg. (174)

Max Filse aus Dahme. (68)

Frida Hoffrichter aus Sprottau, Hugo Koreretzki aus Plomühle (z. R.), Anna Gerloff aus Blankenburg. (303)

Ida Müller aus Oschersleben (z. R.). (243)

Andreas Möller aus Hechtsheim. (210)

A. Kols aus Osterholt (Holland). (249)

Anna Matthes, Frida Feldmann, Amalie Hübner, Helene Roch, Max Burkhardt aus Oederan, Fanni Eckert aus Lubsdorf. (266)

Emma Hoffmann aus Eulau. (303)

Fr. Bergmann aus Hafferode, A. Brach, A. Rennecke aus Jessen. (375)

Erich Melchert aus Pölitz. (354)

H. Ruderisch aus Würzburg, Amalie Klühspieß aus Randersacker. (377)

Wilh. Miethe aus Fürstenwalde. (66)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. **Der Vorstand.**

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Burgsteinfurt:** Durch B. Fuchter, in der Fabrik von Kleine u. Koltzoff.

In **Zossen:** Bei Otto Rackow, Berliner Straße 4.

In **Mühlhausen i. Thür.:** In der Zentralherberge (Gewerkschaftshaus), Petristeinweg 68/69.

In **Wandsbeck:** Bei P. Juppe, Josephstr. 4, III.

In **Heilbronn:** Bei Karl Meixner, Wollhausstr. 21 A.

In **Herford:** Nur bei Witwe Overbek, Am Bergertor.

In **Wittenberg:** Bei Wilh. Krämer, Coswiger Str. 30, Hof I. An Wochentagen von 12—12¾ Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—1 Uhr mittags.

In **Landsberg a. W.:** Bei Rud. Schulz, Röstelstr. 11, Hth. pt. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—1 Uhr mittags.

In **Muskau:** Bei Max Löbe, Forstenweg 254b.

In **Schwedt a. O.:** Bei Gust. Rupp, Heinersdorfer Str. 27, I. Von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Burgsteinfurt:** Bei W. Feld jun., Neustr. 7.

In **Mühlhausen i. Thür.:** Bei Otto Broesche, Kräuterstr. 22. Jeden Sonntag von 12—1 Uhr mittags.

In **Wittenberg:** Bei Otto Fuß, Markt 8. Jeden Sonnabend von 7—8 Uhr.

Als Obmann der Vorortskommission wurde gewählt:

In **Burgsteinfurt:** W. Feld, Neustr. 7.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euere Versammlungen zahlreich!)

In **Schmölln:** Sonnabend, den 4. März, abends 8½ Uhr, im Restaurant zur Sonne. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Wittenberg:** Jeden Montag nach dem 1. eines jeden Monats abends 8 Uhr im Restaurant zur Einigkeit, Töpferstr. 1. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Hildesheim. Das Rufenlassen von der Fabrik ist streng untersagt. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Achtung!

2. Länge Sumatra-Decker, helle Farben,

flotter, weißer Brand, feine Qualität (Deli), **mit 1½ Pfd. deckend**, per Pfd. verzollt **1.80** Mk. Dies ist ein äußerst preiswerter Tabak und kann ich bestens empfehlen.

Albert Steen, Bremen.

Hans Wittig

Bremen 2. ✦ Bremen 2.

Empfehle zu **billigsten** Preisen:

Sumatra, Decker, 125, 140, 150, 160, 180, 200, 210, 225, 250, 260, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Java, Decker,** 130, 135, 140, 150, 160, 180 Pfg. — **Java, Umblatt,** 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt und Einlage,** 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker,** 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Decker,** 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage,** 85, 90, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt,** 85, 90, 100, 105 Pfg. — **Domingo, Umblatt,** 80, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt,** 85, 90, 100 Pfg. — **Losgut, gemischte Original-Tabake,** 75, 80, 85 Pfg.

Ferner empfehle **deutsche Tabake,** prima Ware.
Elsässer Rebut 80 und 85 Pfg.

Preise per ½ kg verzollt. — Versand unter Nachnahme.
Kredit nach Uebereinkunft.

Carl Rother & Rode

Rohtabak-Handlung

Breslau I., Hummerei 26.

Neue u. gebr. Wickelformen.

Grus und Spitzen.

Spezialität: ff. Sumatras.

Grossartiges Lager sämtl. Tabake zur Zigarrenfabrikation.

Billigste Preise. — Streng solide Bedienung. — Bei Aufträgen von 20 Mark an 3 % Sconto. — Versand an Unbekannte nur unter Nachnahme. — Umtausch gern gestattet.

Rohtabak

langgeschnittene Einlage mit **Brasil-Mischung,** verzollt per Pfd. **32** Pfg., **Seedleaf-, Domingo-, Carmen-** und **Java-Umblatt,** schöne **Sumatra-, Vorstenlanden-, St. Felix-** u. **Mexiko-Decken** zu den billigsten Preisen. Schöner, leichter Brand wird garantiert. Proben unter Nachnahme.

Bassum-Bremen, H. Nordmeyer & Co.

Brinkmeier & Co., Bremen.

Roh-Tabak Gelegenheitskauf.

Spez.: Sumatra-Decken.

Spez.: Sumatra-Decken.

Hochfeine Partie

Vorstenlanden-Decker

1 Vollblattlänge — Qualitätstabak

verzollt nur 160 Pfg. per Pfund.

Man verlange Preisliste Nr. 13 gratis u. franko.

Berücksichtigen Sie

dies ausnahmsweise billige Angebot!

Sumatra-Losgut zu Deckblatt

nur feine weißbrennende Marken, gebe freibleibend das Pfund für **110** Pfg., netto 9 Pfd. frei geg. Nachn. für **10** Mk., überhaupt **Rohtabak billigst.**

J. G. EINERT
Braunschweig.

Rohtabak.

Decke Nr. 5230

rötlich hell, reinfarbig

1. Länge Vollblatt

unter 1½ Pfd. deckend

à Mk. 2.00 verzollt.

Kredit nach Uebereinkunft.

Größtes Lager in Wickelformen.

W. Hermann Müller

Berlin O.

Magazinstrasse 14.

Pfälzer Rohtabak

billig, flottbrennend u. ff. in Qual.

Ia. Umblatt	ℳ 64—68	versteuert
Ia. Umbl. m. Einl. „	62—66	
Ia. entrippte Einl. „	85 —	
geschn. Blatteinl. „	56 —	
Sumatra-Deck. ℳ 1.40—3.35		

9 Pfd.-Proben unter Nachnahme.

Otto Steiner, Helmsheim
bei **Bruchsal, Baden.**

Rohtabak.

Sumatra 90, 100, 150, 180, 200 bis 350 Pfg., **Java** 75, 80, 85, 95, 100, 110 bis 300 Pfg., **St. Felix** 80, 85, 90, 100 bis 200 Pfg., **Seedleaf** 80, 85, 90 bis 110 Pfg., **Carmen** 75, 80, 85, 90 bis 110 Pfg., **Domingo** 80, 85, 90 bis 100 Pfg., **Havanna** 85, 125, 150 bis 300 Pfg., **Mexiko** 180, 200, 220 Pfg., **Gemischt. Losblatt** 70, 75, 80 Pfg.

Preise verzollt, Versand gegen Nachn.

B. Iben, Bremen
Haferkamp 46.

Geschenkt und portofrei

zugef. erhlt. jed. Nebenverd. suchende Arbeiter einen Gegenstand mit fein. Namen im Werte v. 40 Pfg. a. Must. Deutliche Adresse an **Reinhardt Thate** in **Hohenstein-Er. i. S.**

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke 125, 135, 160, 200, 210, 240, 250, 275, 300, 350, 400, 500 ₰.
Sumatra-Umblatt 115, 125, 130 ₰.
Vorstenland-Decke 145, 175 ₰ schwarzgrau
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 ₰.
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 ₰.
Carmen, Domingo, Seedleaf 85, 95, 110 ₰.
Cuba 100, 300 ₰. — **Havanna** 80, 135 ₰.
Mexiko-Decke 185, 375, 450 ₰.
Pa. Losgut 80 ₰, **Paraguay** 85 ₰.
Inländische Tabake 65, 70, 75, 80 ₰.
Preise ausgewogen m. 3 % Cassa-Sconto.
Kredit nach Uebereinkunft.

S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

En gros. **Rohtabak** En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosse Auswahl! **Billigste Preise!**

Preisliste gratis und franko.

Billige Roh-Tabake!

Sumatra-Decke 110 bis 450 Pfg., in allen Längen und Farben. — **Java** 80 bis 325 Pfg. — **Brasil** 82 bis 215 Pfg. — **Domingo-, Carmen-, Seedleaf-Umblatt** 85 bis 125 Pfg. — **Losgut** aus nur überseeischen, kerngesunden Tabaken 75 Pfg., 80 Pfg. (Aufarbeiter) und 85 Pfg. (viel Brasil). — **Kentucky** (zum Spinnen und Schneiden) 80 bis 115 Pfg.

Preise verzollt per Pfd. unter Nachnahme.

Jedes, auch das kleinste Quantum, zu obigen Engros-Preisen.

Fr. W. Spanuth
Bremen, Westerstrasse 88/90.
Fernsprecher 1158. Fernsprecher 1158.

Jeder überzeuge sich davon.

Rohtabak!

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Straße 3a
empfiehlt

Sumatra

feine mittelbraune Farben, schneeweißer, geschlossener Brand, Deckkraft kaum 1½ Pfund

per Pfund nur Mk. 2.80.

Tabak-Rippen

kauft

D. Finkler, Scheessel.

Meine seit ca. 20 Jahren mit gutem Erfolg betriebene

Zigarrenfabrikation

bin ich willens, unter günstigen Bedingungen **zu verkaufen.** Produktion 6 bis 8 Mille pro Woche.

Es bietet sich hier Gelegenheit für einen strebsamen Zigarrenarbeiter, mit etwas Kapital eine gute und sichere Existenz zu gründen, da gute, zahlungsfähige Kundschaft vorhanden. Auskunft erteilt **C. Beckmann, Züllchow in Pommern.**

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 185.
Gegründet 1879.

Spezial-Offerte:

Bestellen Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Muster:

Sumatra-Decke, hell, 2te Lge., schöne Farben, Vollblatt 175 Pfg.
do. rotbr., getig., weissbr. 200 Pfg.
Java, Umbl. m. Einl., fein 95 Pfg.
! Nur laufende Partien, keine Muster!
Uckermärker, alt u. hochf 60, 65, 70 Pf.

! Direkter Einkauf ! eigene Bearbeitung

daher größte Leistungsfähigkeit!

Sämtl. Fabrikations-Utensilien.

Nachtrag z. Katalog neu erschienen.

Ia. Grus 25, 50, 75, **stets** da. ff. hell Dely, statt 5, f. 3.00. Divers. **Rohtabake extra** billigst. **Kemmler Nfgr., Breslau 6.**

Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Dutzend Mk. **2.50** (30 Flaschen Mk. **7.—**, kostenfrei überallhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**

Wilh. Puchtler

Altona (Elbe), Paulstr. 14.

Rohtabake.

Wir empfehlen als besonders preiswert (Preise per Pfund verzollt):

Brasil, hervorragende Qualität, 1.00 bis 1.50 Mk.
Sumatra, tadelloser Brand, vorzüglich deckend, 1.10, 1.15, 1.60, 1.80—2.80 Mk.
Seedleaf, Ia. Qualität, 1.00, 1.20 Mk.
Yara-Cuba u. **Havanna** von 1.20—2.50 Mk.
Losgut (gesund) 0.80 Mk.

Versand nur unter Nachnahme. — Nichtgefallendes nehmen anstandslos zurück.

Billiges Angebot!

Pa. Umblatt und **Einlage** Pfd. 68 bis 70 Pfg. **Hochfeines Umblatt** Pfd. 80—90 Pfg. **Pa. Losgut,** rein, gesund, Umblatt und Einlage, 78, 82—88 Pfg. **Domingo** Pfd. 90, 105 und 115 Pfg. **Java-Decker** 145, 160, 190 u. 230 Pfg. **Sumatra-Decker,** hell, mittelfarb., braun, 1½ Pfd. deckfähig, Pfd. 170, 200, 250, 300, 350, 400 Pfg.

Größte Auswahl in verschied. Marken und Sortierungen alter und neuer Ernten in **Borneo, Sumatra, Java, Havanna, Mexiko, Domingo, Brasil** und **Uckermärker Tabaken** in tadellosem Brand.

Alles verzollt ab hier. Postkolli geg. Nachn. Kredit nach Uebereinkunft.

Otto Fuchs, Halle a. S.
Mansfelder Strasse 42.

Achtung!

Bei Einkauf von Roh-Tabaken bestelle man sich im eigenen Interesse unseren neuesten

Preiskurant Nr. 14.

Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen.

Verspätet.

Unserm Kollegen **Reinh. Bernok** aus **Wansen** und seiner Braut **Maria Stiller** aus **Ohlau** zu ihrem am 20. Februar stattgefundenen Hochzeitsfeste die besten Glück- und Segenswünsche.

Die Kollegen der Fabrik Aug. Deter in Ohlau.

Todes-Anzeige.

Am 16. Februar starb nach langem, schwerem Leiden **Chr. Wendt.**

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Neumünster.

Briefkasten.

Vereins-Inserate müssen gestempelt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einsendung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

Koll., Ohlau 80 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 9. Sonntag den 26. Februar 1905.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Gewerkschaftsausschuß hat beschlossen, daß am

Montag, den 22. Mai 1905

der

Fünfte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

in **Köln** am Rhein im Gürzenich-Saal

stattfinden soll.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.).
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Beratung der Anträge, betreffend:
   a) Allgemeine Agitation;
   b) Agitation unter den Arbeiterinnen;
   c) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern;
   d) Streikunterstützung und Streikstatistik;
   e) Heimarbeit;
   f) Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber;
   g) „Correspondenzblatt".
3. Bericht über das Zentral-Arbeitersekretariat und Beratung der darauf bezüglichen Anträge.
4. Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik.
5. Die Gewerkschaften und die Maifeier.
6. Gewerkschaften und Genossenschaften.
7. Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation.
8. Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern.
9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte bezug haben, sind bis zum 8. April 1905 an die Generalkommission einzusenden. Sämtliche bis dahin eingegangene Anträge werden im Correspondenzblatt veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongreß wird am 22. Mai 1905, morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 27. Mai tagen.

Die Wahlen der Delegierten werden nach den vom vierten Gewerkschaftskongreß gegebenen Bestimmungen von den Vorständen der Zentralvereine ausgeschrieben werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

Zur Gewerkschaftsbewegung.

Gegen die in Nr. 6 des Tabak-Arbeiter wiedergegebenen Ausführungen von W. Düwell über die Grenzen und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung polemisiert die Holzarbeiterzeitung. Der Vorwurf, daß die Bewegung numerisch, aber nicht intellektuell gewachsen sei, wird von dem betreffenden Gewerkschaftsblatt zurückgewiesen; es schreibt dazu unter anderm:

„Weder ist die geistige Entwicklung der Gewerkschaften gegen ihre numerische Entwicklung zurückgeblieben, noch haben sich irgendwelche Anzeichen dafür bemerkbar gemacht, daß der Zunftgeist innerhalb der deutschen organisierten Arbeiterschaft infolge einer verkehrten Gewerkschaftspolitik sich ausgebreitet habe. Damit fallen alle Beschuldigungen gegen die Gewerkschaften in sich selbst zusammen.

In der Tat ist es aber ein starkes Stück, Behauptungen wie die von der mangelhaften intellektuellen Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufzustellen. Die Tatsache, daß unsre Gewerkschaftspresse beispielsweise, in den letzten zehn Jahren sich so günstig entwickelt hat, daß sie allen geistigen Ansprüchen, die ein organisierter Arbeiter an sie stellen kann, genügt, existiert für Düwell nicht, obwohl er selbst doch Mitarbeiter der Gewerkschaftspresse ist. Wir urteilen ohne jedes Vorurteil, wenn wir behaupten, daß der deutschen Gewerkschaftspresse keine Gewerkschaftspresse irgend eines Landes, und möge es noch so ideale Gewerkschaftsverhältnisse aufweisen, zur Seite treten kann. Gerade die deutsche Gewerkschaftsbewegung kann für sich in Anspruch nehmen, was Düwell von ihr verlangt, daß sie an der „Durchtiefung der Gewerkschaften mit sozialem Geist" jederzeit und ganz energisch gearbeitet hat. Sie war es auch, die jederzeit das „Allgemeininteresse", wenn es durch das Berufsinteresse verletzt wurde, energisch verteidigt hat. Jedenfalls hat sie stets ihrer Pflicht eingedenk gehandelt, „das geistige Niveau der Mitglieder zu heben", und zwar nicht, wie Düwell sich gar so geschmackvoll auszudrücken beliebt, „im Sinne einer Teekränzchen-Aesthetik einer Carmen Sylva, sondern im Sinne freiheitlichen Denkens und Tuns".

In diesem Geiste und von diesem Empfinden geleitet, ist auch die ganze große Gewerkschaftsliteratur entstanden, die uns dank des Strebens der Gewerkschaften, „das geistige Niveau der Mitglieder zu heben", die letzten zehn Jahre gebracht haben. Diesem Streben verdanken auch die weitgehenden Bemühungen einzelner Gewerkschaftsvorstände, ihre Beamten und Funktionäre praktisch und prinzipiell durchzubilden, ihren Ursprung. Alle diese ernsthaften Bemühungen der Gewerkschaften auf geistige Durchbildung der Mitglieder leugnen zu wollen, heißt einem auf Unkenntnis oder Uebelwollen gegründeten Pessimismus gar zu viel Spielraum gewähren.

Der unverbesserliche Nörgler Düwell widerlegt sich übrigens mit seiner Behauptung von dem geistigen Tiefstand der Gewerkschaften selbst recht gut, wenn er an einer andern Stelle seines Artikels die Gefahren schildert, die der politischen Partei durch die Entfremdung der Gewerkschaftsmitglieder von derselben erwachsen. „Es kommt dabei in Betracht, sagt er, daß in den Gewerkschaften gerade diejenigen Elemente vereinigt sind, die für den politischen Kampf doch am meisten prädestiniert sind." Bisher galt als ausgemacht, daß der politische Kampf, und gar noch der proletarische Kampf, eine gewisse Höhe der geistigen Auffassung voraussetzt. Und das ganze Düwellsche Lamento gipfelt doch in dieser Tatsache. Wie verträgt sich damit die Behauptung der mangelhaften geistigen Schulung gewerkschaftlicher Elemente, wenn man diese Elemente noch dazu als für den politischen Kampf „am meisten prädestiniert" hält. Wir fühlen uns nicht dazu berufen, diese Düwellsche Konsequenzenmacherei in ein vernünftiges System zu bringen. Der Versuch scheint uns hoffnungslos, zudem setzen wir bei unsern Lesern so viel Intellekt voraus, daß sie sich ihren Vers dazu schon selbst machen."

Gewerkschaftliches.

Braunichswalde (S.-A.). Infolge Aussperrung einiger Mitglieder wird ersucht, den Zuzug fernzuhalten.

Bredereiche (Kreis Templin). Bei der Firma Maaß hierselbst bestehen Lohndifferenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Büren i. Westfalen. Bei der Firma Fr. Steltmann fanden Lohnabzüge und Maßregelungen statt und wolle man deshalb den Ort meiden. Die Bevollm. von Lippstadt.

Templin. Ueber die Firma C. Stemmwedel ist die Sperre verhängt; vor Zuzug wird gewarnt.

Braunschweig. Infolge von Arbeitsmangel und Maßregelung von 5 Mitgliedern ist Zuzug nach hier fernzuhalten.

Die Bevollmächtigten.

Neumarkt in Schles. Wegen Maßregelungen bei der Firma Jäger ist der Zuzug nach hier fernzuhalten.

Die Generalversammlung des Sortiererverbandes findet, wie bereits bekannt gegeben, in Leipzig, Volkshaus, Zeitzer Straße statt. Sie beginnt am Sonnabend den 22. April 1905, morgens 10 Uhr, und haben die Delegierten es so einzurichten, daß sie den Charfreitag als Reisetag benutzen, um rechtzeitig in Leipzig anwesend zu sein. Die vorläufig festgesetzte Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung der Generalversammlung und Festsetzung der Tagesordnung.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Bericht des Ausschusses.
4. Festsetzung der Reise- und Tagegelder der Delegierten.
5. Erledigung von Berufungen gegen Beschlüsse des Vorstandes und Ausschusses.
6. Der Statutenentwurf des Vorstandes und Ausschusses.
7. Anträge der Mitglieder zum Statutenentwurf.
8. Die Haus- und Sonntagsarbeit.
9. Das Lehrlingswesen.
10. Allgemeine Anträge.
11. Wahl der Beamten und Sitz des Vorstandes sowie des Ausschusses und Festsetzung der Besoldung.
12. Organisation und Agitation.
13. Unser Vereinsorgan.
14. Verschiedenes.

Die Tätigkeit der Arbeitersekretariate. In Nürnberg fand die Generalversammlung des Arbeitersekretariats statt, der die Sekretäre den Bericht über das zehnte Geschäftsjahr erstatteten. Bei dieser Gelegenheit machte der Sekretär, Genosse Segitz, einige beachtenswerte allgemeine Bemerkungen über das Wirken und die Bedeutung der Arbeitersekretariate. Er sagte:

Das Nürnberger Arbeitersekretariat hat bahnbrechend gewirkt, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande. Deutschland hat zurzeit 58 Arbeitersekretariate, bei deren Entstehen in den meisten Fällen das Nürnberger Institut Geburtshilfe geleistet hat. Das Zentral-Arbeitersekretariat wurde noch nicht benützt, da unsre Rekurse so bearbeitet sind, daß eine persönliche Vertretung vor dem Reichs-Versicherungsamt nicht notwendig ist. Anders als die Gründer sich die Wirksamkeit des Sekretariats dachten, hat es sich entwickelt. Es sollte vorwiegend sein: eine Zentralstelle für Auszahlung der Reise-Unterstützung, ein Zentral-Arbeitsnachweis, es sollte statistische Erhebungen aller Art pflegen usw., aber schon bald stellte sich heraus, daß die Auskunftserteilung die meiste Zeit in Anspruch nahm. So wird es auch bleiben. Die Arbeitersekretariate werden Rechtsschutz-Einrichtungen und bilden den Uebergang zur unentgeltlichen Rechtshilfe für jedermann. Ihre Bedeutung und ihr Nutzen läßt sich nicht in Ziffern ausdrücken. Nicht zu unterschätzen ist ihr Einfluß auf die Entwicklung der Sozialreform. Die Jahresberichte werden von der Partei- und Gewerkschaftspresse, von bürgerlichen Sozialpolitikern und von unsern Vertretern in den Parlamenten als Material benützt. Diesem Zwecke sollen die Jahresberichte immer mehr angepaßt werden. Die Sekretariate würden in dieser Richtung noch mehr leisten, wenn sie immer zu gleicher Zeit ihre Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Frage konzentrieren würden, z. B. in dem einen Jahre auf die Unfallversicherung, in dem andern auf die Krankenversicherung, das Dienstbotenelend usw. Dazu bedürfte es aber der Verständigung und gegenseitigen Aussprache unter den deutschen Arbeitersekretariaten. Die Entwicklung der Sekretariate ist keineswegs abgeschlossen, sie müssen sich stets den Bedürfnissen der Arbeiter anpassen, wenn sie sich auch fürderhin deren Unterstützung sichern wollen.

Der Gewerkverein der Heimarbeiterinnen umschließt nach seinem Organ Die Heimarbeiterin in 23 Gruppen 3000 ordentliche Mitglieder. Bekanntlich trägt der Verein, eine

---

Friedrich Wilhelm Fritzsche.

Im Frühjahr 1875 fand zu Gotha jener Kongreß statt, der für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie so bedeutsam werden sollte. Die beiden „Fraktionen", die sich bis dahin so erbittert bekämpft hatten, die „Lassalleaner" und die „Eisenacher", vereinigten sich, und die ganze Bewegung gewann damit jene innere Stärke, durch die sie unbesiegbar geworden ist.

Ich war als Vertreter der Sozialdemokratie des „goldenen Mainz" anwesend, und betrachtete mit dem höchsten Interesse die bekannten Persönlichkeiten der Lassalleaner, die von den Eisenachern in der Hitze des Gefechts als „Regierungsagenten" oder gar als „Polizeispitzel" bezeichnet worden waren, während umgekehrt die Eisenacher von dem Organ der Lassalleaner als „von der Bourgeoisie gekauft" dargestellt wurden. Der Drang der Massen nach Unterdrückung des Zwistes und nach Einigung machte diesem unseligen Kampf ein Ende. Nur einige Hartnäckige blieben in den Vorurteilen befangen. Hasselmann wärmte ein Jahr nachher die alte Sauce wieder auf, und ein alter „Eisenacher", der heute noch tapfer mitwirkt, sagte zu mir in Mainz ein halbes Jahr nach dem Einigungskongreß: „Und ich glaube doch, daß Hasenclever ein Regierungsagent ist." Heute wird er es wohl nicht mehr glauben.

Da sah ich Hasenclever mit seinem gewinnenden, jovialen Wesen, den ernsten alten Tölcke und den finstern Hasselmann und andre zum erstenmal. Am meisten fiel unter den „Lassalleanern" wohl Fritzsche auf. Eine hohe, stattliche Gestalt, mit einem nicht gerade schönen, aber sehr interessanten Kopf, der von langen, beinahe bis auf die Schultern niederwallenden grauen Locken umgeben war; dabei ein frisches, unternehmendes Wesen in der ganzen Erscheinung. Fritzsche war damals schon fünfzig Jahre alt, aber von jugendlicher Beweglichkeit. Seine Tätigkeit zu Lassalles Zeiten ist bekannt. Er war einer der entschiedensten Anhänger Lassalles und ist es sein Leben lang innerlich geblieben, wenn er auch durchaus loyal sich der neuen Organisation angeschlossen hatte. Auf dem Einigungskongreß führte er einen dramatischen Zwischenfall herbei. In das neue Programm wurde bekanntlich der Lassallesche Satz aufgenommen, daß der Arbeiterklasse gegenüber alle andern Klassen nur eine reaktionäre Masse seien. Fritzsche beantragte darüber namentliche Abstimmung mit den feierlichen Worten: „Nunmehr wird sich zeigen, welche unter uns wirkliche Sozialdemokraten sind, und welche nicht!" Unter großer Spannung erfolgte die Abstimmung. Unter uns „Eisenachern" waren viele, die nicht dafür waren, einen gelegentlichen Ausspruch Lassalles in das Programm aufzunehmen. Vahlteich, der einst mit Fritzsche in dem Leipziger Komitee gesessen, das sich an Lassalle wendete und dessen Oeffentliches Antwortschreiben veranlaßte, rief: „Ich stimme mit Nein, auf die Gefahr hin, auf Fritzsches Index zu kommen." Es stimmten im ganzen zwölf Mann dagegen, unter denen auch ich mich befand. Bekanntlich hatte Karl Marx in dem später veröffentlichten Brief, in dem er den Entwurf des Gothaer Programms kritisierte, sich auch gegen die „reaktionäre Masse" erklärt, indem er darauf verwies, daß die Rolle der einzelnen Klassen je nach den Zeitumständen verschieden sei.

Fritzsche war gutmütig von Natur, aber er konnte auch leicht aufbrausen. Das zeigte sich auf dem Gothaer Kongreß von 1877, wo er einen großmäuligen Russen, der sich als grimmiger „Revolutionär" aufspielte und die Deutschen als Feiglinge hinstellte, mit einer wohlgesetzten Ohrfeige zum Schweigen brachte. Eine zur „Schlichtung" der Sache eingesetzte Kommission, die man sofort die Ohrfeigenkommission nannte, vermochte zu keinem Resultate zu gelangen, da sie dem Russen die Ohrfeige nicht wieder abnehmen konnte.

1877 trafen wir uns in der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und wurden sehr bald recht gute Freunde. Im täglichen Verkehr mit Fritzsche habe ich von seinen Erfahrungen und seinen Kenntnissen recht viel profitiert. Mit Vorliebe erzählte er von seinen Erlebnissen während des Maiaufstandes zu Dresden im Jahre 1849. Er hatte auf einer Barrikade bis zum Ende gefochten. Die Barrikade ward endlich von dem „göttlichen" preußischen Gardebataillon, das unter Waldersee dem bedrängten Hause Wettin zu Hilfe gezogen war, mit Sturm genommen. Die Verteidiger wurden meist niedergemacht, da Waldersee* seinen Leuten befohlen hatte, mit den Insurgenten „kurzen Prozeß" zu machen. Ein Preuße schickte sich eben an, den jungen Fritzsche, den man entwaffnet hatte, mit dem Bajonett niederzustoßen, und der Gefangene, in der furchtbaren Erregung des Moments, bot ihm die Brust und rief: „Stoß nur zu!" Dies bewirkte, daß der Preuße stutzte und den Gefangenen verschonte. So wurde der deutschen Arbeiterbewegung einer ihrer besten Vorkämpfer erhalten.

1877 arbeitete die sozialdemokratische Fraktion den ersten großen und umfassenden Arbeiterschutzantrag aus. Wir mußten viele Sitzungen abhalten, bis wir mit der Arbeit fertig waren. Fritzsche erwies sich dabei als ein vortrefflicher Kenner der schwierigen und umfangreichen Materie, mit der man im allgemeinen damals noch nicht so vertraut war, wie heute. Der Gesetzentwurf wurde als Antrag Fritzsche-Bebel eingebracht, und Fritzsche hielt die erste große Rede zu dessen Begründung. Der Entwurf verschwand freilich als „schätzbares Material" in der bundesrätlichen Versenkung, nachdem er von allen den bürgerlichen Parteien, die heute den großen Wettlauf um den „Arbeiterschutz" veranstalten, bekämpft worden war.

Angenehme Stunden brachte mir der Verkehr mit Fritzsche in Berlin namentlich des Abends. Er hatte einen ausgedehnten Bekanntenkreis, und ich kam durch ihn mit vielen interessanten Menschen in Berührung. Unter diesen befand sich auch Guido Weiß, der bekannte Freund von Johann Jacoby und ehemalige Redakteur der trefflichen radikalen Zeitung Die Zukunft in Königsberg. Wenn wir mit Guido Weiß allein waren, so sagte er: „wir"! Waren noch andre dabei, so sprach er von „den Herren Sozialdemokraten"! Mir war es interessant, zuzuhören, wenn die beiden Alten vom Sturmjahr 1848 sprachen; wir machten auch manchen Spaziergang, bei dem sie mir zeigten, wo am 18. März 1848 in Berlin die Barrikaden gestanden. Auch sonst kannten sie eine Menge historischer Plätze in Berlin, von denen andre nichts wußten. Wir standen einmal abends im sogenannten Bullenwinkel am Hausvoigteiplatz, und Guido Weiß wußte von diesem jetzt verschwundenen Durchgang so viel Interessantes und Lustiges zu erzählen, daß wir lange das Weitergehen vergaßen.

Fritzsches Verdienste um die Organisation seiner Branche, der Tabakarbeiter, waren sehr groß. Er hatte indessen viele persönliche Kämpfe ausgefochten. Aber bei der Feier seiner silbernen Hochzeit, bei der Liebknecht und Hasenclever erschienen, konnte man sehen, wieviel Freundschaft und Verehrung er sich erworben hatte. Bei dieser Gelegenheit erwies er sich auch als ein „trinkbarer Mann" im guten Sinne des Wortes, oder, um es mit Klopstock zu sagen, er trank aus einem „sokratischen Becher", einem mächtigen Humpen, den man ihm als Festgeschenk übermacht hatte, und den er mehrmals leerte, ohne daß eine Wirkung sichtbar wurde.

Fritzsche, der nur eine einfache Volksschule besucht hatte, war stets bemüht, seinem Bildungsdrange Nahrung zu geben, und hatte es zu einem schönen und reichen Wissensschatze gebracht. Dazu kam ein schönes poetisches Talent, das er sorgsam entwickelte. Unter seinen Gedichten, die als Blutrosen in einem Bändchen erschienen, befinden sich viele inhaltreiche und formvollendete Stücke.

Fritzsche ward aus Berlin nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen und ging später nach den Vereinigten Staaten. Da er über Bremen ging, wo ich mich damals, ebenfalls ausgewiesen, aufhielt, wollte er mich dort besuchen. Leider war ich gerade verreist, und so habe ich den alten Freund nicht wieder gesehen.

W. B.

---

* Nicht der bekannte „Weltmarschall" mit Vorschußlorbeer und Asbesthaus.

christliche Gründung, mehr den Charakter einer Wohltätigkeitsinstitution, als einer gewerkschaftlichen Organisation zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiterinnen aus eigener Kraft.

Die Zahl der in Verbänden organisierten ungarischen Arbeiterinnen betrug Ende Juni vergangenen Jahres 1354 gegen 1286 am 1. Januar 1904. Nur drei zentralisierte Gewerkschaften wiesen mehr als 100 weibliche Mitglieder auf, nämlich die der Buchbinder mit 600, die der Buchdrucker mit 398 und die der graphischen Arbeiter mit 215 Arbeiterinnen. Von den Arbeiterinnen des Schneidergewerbes waren 36, von den Hutmacherinnen 34, den Eisen- und Metallarbeiterinnen 30 organisiert; bei den Schuhmacherinnen 21, den Handlungsgehilfinnen 15, den Arbeiterinnen in der Sattlerei 5. Insgesamt umschlossen die gewerkschaftlichen Landesverbände Ungarns am 30. Juni letzten Jahres 44 758 Mitglieder. Die ungarische Gewerkschaftsbewegung ist noch jung und hat mit besonders großen vereinsgesetzlichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Gegen die Berliner Richtung. Gegen den Verband der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, machen die christlichen Gewerkschaften Front. Die Berliner Macher, Schwärmgeister und Ueberkatholiken — wie die Leiter des katholischen Berliner Arbeiterverbandes in Zentrumsblättern genannt werden — haben eine sehr schäbige Haltung gegen die streikenden Bergarbeiter an den Tag gelegt und glaubten auch die christlichen Arbeiterverbände vor ihren reaktionären Karren spannen zu können. In einer Resolution — so berichtet der Bayerische Kurier — wurde der Märkischen Volkszeitung für das Verbrechen, die christlichen Gewerkschaften empfohlen zu haben, der Unwille der Alleinkatholischen ausgesprochen und gedroht: „Sie bringt es der Märkischen Volkszeitung nochmals zur Kenntnis, daß die katholischen Arbeiter in den katholischen Arbeitervereinen organisiert sind und keiner anderen Organisation bedürfen.“ Prächtig illustriert dann der Bayerische Kurier den unerhörten Terrorismus der Berliner Ueberkatholiken durch die Bekanntgabe folgender Begebenheit: Als der Aktiengesellschaft Germania, Verlag und Druckerei, der Druck des „Arbeiter“ übertragen werden sollte, legten die Berliner dem Verlage der Germania einen Kontrakt vor, in welchem sich die Stelle fand: Der Verlag habe sich zu verpflichten, nicht zu dulden, daß die Zeitung Germania etwa Artikel für die christlichen Gewerkschaften und gegen die katholischen Fachabteilungen zum Abdruck bringe. Der Verlag der Germania habe jedoch diesen Knebelungsparagraphen zurückgewiesen und den Maulkorb den Berlinern zurückgesandt. Am Schlusse dieser Abhandlung sagt das Münchener Zentrumsblatt:

„Das Maß der Berliner Quertreibereien dürfte denn doch bald zum Ueberlaufen voll sein. Gibt es denn keine Instanzen bei uns, die diesem Treiben, das sich nicht nur zu einer großen Gefahr und unabsehbarem Schaden, sondern auch zu einer wirklichen Schmach für unser ganzes Lager auswächst, ein baldiges Ende bereiten können? So wie bisher kann das doch nicht weitergehen.“

John Burns und die Trade-Unions. Vom englischen Maschinenbauerverband erhält John Burns seit seiner Wahl zum Parlament alljährlich eine Subvention von 2000 Mk., da auch die englischen Parlamentsmitglieder eine Entschädigung vom Staat nicht erhalten. Der Umstand jedoch, daß John Burns fast stets mit den Liberalen zusammengeht, seine Opposition gegen die Bewegung des Arbeitervertreter-Komitees, die auf die Bildung einer gesonderten Arbeiterpartei abzielt, hat in Arbeiterkreisen große Mißstimmung gegen Burns hervorgerufen. Diese Bestrebungen werden auch von der Metallarbeitergewerkschaft unterstützt und es ist daher nur zu natürlich, daß jetzt Anträge bei der Leitung gestellt worden sind, in denen verlangt wird, daß die Subvention an John Burns in Zukunft nicht mehr gezahlt werden solle.

Die englischen Gewerkschaften haben im Jahre 1903 einen Rückgang zu verzeichnen, sowohl hinsichtlich der Mitgliederzahl wie auch hinsichtlich der Kassenverhältnisse. Unter diesem Rückgang hat auch die Organisation der Frauen zu leiden. Während im Jahre 1902 gegen 122 210 weibliche Mitglieder gezählt wurden, waren es im Jahre 1903 nur 119 416. Namentlich die Textilindustrie kommt bei diesem Rückgang in Betracht.

Scharfmacher-Praktiken. Die bezahlten und die unbezahlten Preßlakaien des Unternehmertums ergehen sich gern in allerlei Anwürfen gegen die Gewerkschaftsbewegung, unter denen der Vorwurf des schlimmsten Terrors nicht die kleinste Rolle spielt. Wenn wir aber an der Hand von Tatsachen diesen Vorwurf den Unternehmer-Vereinigungen zurückgeben, dann schreit man Zeter und Mordio über angebliche Verhetzung durch die sozialdemokratische Presse.

Da ist es interessant zu sehen, daß nun ein Scharfmacherorgan, die Baugewerks-Zeitung, das Mittel des Terrors als berechtigte Waffe in der Hand des Unternehmertums anpreist und verherrlicht. Dieses Blatt bringt eine Uebersicht über die Kämpfe im Baugewerbe im Jahre 1904, in der es auch auf den Kampf an der Unterweser zu sprechen kommt und dabei sagt:

„So hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser den Beweis erbracht, daß es sehr wohl möglich ist, die vielen Baugewerbetreibenden zu einem geschlossenen Ganzen zu vereinigen. Nur muß eine solche Einigung energisch betrieben werden. Es ist durchaus nicht unbedingt notwendig, daß die verschiedenen Arbeitgeber sich der Arbeitgeberorganisation ganz freiwillig anschließen. Ueberall im Baugewerbe gibt es Arbeitgeber, die eine sozialdemokratische Vereinigung derjenigen zum Arbeitgeberverband vorziehen. In solchen Fällen darf der Vorstand des Arbeitgeberverbandes nicht vor der rücksichtslosen Anwendung aller ihm zur Festigung seiner Organisation zu Gebote stehenden Mitteln, z. B. Materialsperren usw., zurückscheuen. Ein Mitglied des Arbeitgeberverbandes darf unter keinen Umständen mit einem außerhalb desselben stehenden Handwerksmeister zusammen arbeiten bezw. von demselben Arbeiten ausführen oder ihm Materialien liefern. Die Anwendung dieser dem Laien vielleicht rigoros erscheinenden Mittel zieht unfehlbar einen festen Zusammenschluß der Arbeitgeber nach sich. Geht man dann, wie es in den Unterweserorten und in Bremen geschehen ist, noch einen Schritt weiter und errichtet einen obligatorischen und paritätischen Arbeitsnachweis für den Verbandsbezirk, so kann man den gerade im Baugewerbe gar oft frivol provozierten Streiks mit Ruhe entgegensehen. Ein Unterliegen der Arbeitgeber ist dann ausgeschlossen. Im Gegenteil! Mit solchen Waffen in der Hand wird es den Arbeitgebern im Baugewerbe zweifellos gelingen, auch für ihr Gewerbe Ruhe und Ordnung zu schaffen und die immer übermütiger werdenden Gewerkschaften in ihre Schranken zurückzuweisen.“

Hier wird also rundweg alles bestätigt, was wir immer über die Kampfesmittel und die Kampfesform in den Unternehmerverbänden gesagt haben. Am grauen Aschermittwoch freilich wird es den Herren leid tun, daß sie im Ueberschwang der Karnevalsstimmung einmal ihre wahre Natur verraten, daß sie die Maske zur Unzeit gelüftet haben. Wir aber werden uns merken, was sie dabei ausgeplaudert, und wir werden davon entsprechenden Gebrauch zu machen wissen!

Wöchentlich ein Ruhetag für Bäckereiarbeiter. Diese gewiß berechtigte, für die Bäcker jedoch bisher unerfüllte Forderung wurde in einer stark besuchten Versammlung propagiert, die der Verband der Bäcker in Berlin nach Kellers Saal berufen hatte. Der Versammlung lag zur Beschlußfassung eine Petition an den Bundesrat vor. Dieselbe ersucht den Bundesrat um den Erlaß einer Verordnung, durch welche „1. den Arbeitern, den gelernten wie den ungelernten, den Lehrlingen und Angestellten in allen gewerblichen und fabrikmäßigen Bäckereibetrieben als Ersatz für die Sonntagsruhe jede Woche eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 36 Stunden gewährt wird und daß 2. in solchen Betrieben, in denen bereits die volle Sonntagsruhe eingeführt ist oder sonst als Ersatz hierfür mehr als oben gefordert, gewährt ist, den darin beschäftigten Arbeitern und Angestellten diese beziehungsweise der Ersatz dafür gesichert bleibt.“

Verein deutscher Arbeitgeberverbände. Das Arbeitsprogramm der Mitgliedschaften hat folgende Aufgaben prinzipiell festgelegt: Die über Deutschland erstreckten Berufsverbände haben von sich aus Gesellschaften zur Entschädigung bei Arbeitseinstellung zu bilden und die schon bestehenden derartigen Gesellschaften nach Maßgabe der vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände gebilligten Form auszugestalten. Die gemischten Arbeitgeberverbände einzelner Städte oder Landesteile haben Streikabwehrfonds zu sammeln. Dadurch ist in erster Linie die Sonderart der Unterverbände berücksichtigt worden und eine erfolgreiche Wirksamkeit eröffnet. In Verfolgung dieses Zweckes hat der Verein dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller die Gründung einer Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen empfohlen. Diesem Antrage hat der Ausschuß des Gesamtverbandes einstimmig Folge gegeben und die Unterverbände zum Beitritt in die Entschädigungsgesellschaft aufgefordert. Sieben Bezirksverbände sind in die Gesellschaft eingetreten, darunter auch der Verband der Eisenindustriellen Hamburgs und der Verband der Metallindustriellen der Kreishauptmannschaft Dresden, Arbeitgeberverband Unterweser, Verband der Metallindustriellen Halle a. S., Verband der Metallindustriellen Magdeburg, usw. usw.

Die „Arbeiter-Turnzeitung“, das Organ für die Interessen der volkstümlichen Turnerei, hat mit ihrer soeben erschienenen Nummer 4 die Auflage von 40 000 Exemplaren erreicht. Keine Organisation auf diesem Gebiet ist imstande, eine annähernd gleiche Leserzahl aufzuweisen, obwohl die Mitgliederzahl anderwärts in die Hunderttausende geht. Der Arbeiter-Turnerbund ist aus eigener Kraft, ohne jede Unterstützung von außerhalb, zu seiner jetzigen Höhe gelangt, und er wird weiter marschieren.

Eine schweizerische Gewerkschaftskonferenz von Vertretern der Zentralvorstände der Berufsverbände fand in Olten statt. Sie beschloß, in Sachen der Revision des Fabrikgesetzes vom Industriedepartement in Bern die Bestellung einer aus gleich viel Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zusammengesetzten Expertenkommission zu verlangen, ferner, durch die leitenden Komitees des Gewerkschaftsbundes, der sozialdemokratischen Partei, des Arbeiterbundes, der Berufsverbände und des Arbeiterinnenverbandes eine gemeinschaftliche Kommission zur Agitation für die Revision des Fabrikgesetzes zu bestellen; an den Bundesrat eine Eingabe zu richten zur Erhöhung der Subvention für das Schweizerische Arbeitersekretariat, damit ein italienischer Adjunkt angestellt werden kann; Reorganisation des Gewerkschaftsbundes zur besseren Regelung der Streiks usw.

Tabak überall.

Die Zigarrenindustrie im Spessart.

Im Laufe der 60er Jahre gelangte die Zigarrenindustrie nach Hanau; von dort wurden viele Ortschaften an der Frankfurt-Aschaffenburger Bahn mit der Zigarrenfabrikation besetzt (Groß- und Klein-Krotzenburg, Groß- und Klein-Auheim, Kahl, Seligenstadt, Stockstadt usw.). Gleichzeitig ging die Zigarrenindustrie an der andern Bahnlinie bis Wächtersbach und in den Orber Grund hinein, dessen Salzindustrie seit 1866 dem Untergang geweiht war. Die schlechten Verkehrsverhältnisse in den ausgedehnten Gebieten zwischen den beiden Bahnlinien gestatteten eine weitere Ausdehnung der Hausindustrie nicht. Erst durch die 1899 gebaute Strecke Kahl-Schöllkrippen den Kahlgrund hinauf, zog die Zigarrenindustrie in dieses Gebiet ein. Im Laufe der wenigen Jahre sind dort 32 Zigarrenfabriken entstanden, die zirka 900 Personen fabrikmäßig und zirka 500 hausindustriell beschäftigen. Die Orber Zigarrenindustrie hat heute ungefähr 600 Erwerbstätige. Dazu kommen noch zirka 300 Personen an der „alten Bahn“ Hanau-Aschaffenburg. 70 Prozent der Beschäftigten sind weiblichen Geschlechts. Auf die Ortsbevölkerung berechnet arbeiten 14—15 Prozent in der Zigarrenindustrie, und von diesen ungefähr 40 Prozent in Heimarbeit.

Wie Jasmatzi Reklame macht.

Die Süddeutsche Tabak-Zeitung macht Angaben über die Art der Reklame, die man tatsächlich als raffiniert bezeichnen muß und mehr wie lokale Bedeutung hat. Das genannte Blatt berichtet, daß diese Trustfirma an Ladenfräuleins usw. und an die Prostituierten in Berlin ein Billet in 20 000 Exemplaren gegeben habe, das u. a. folgenden Inhalt hat: „Wertes Fräulein! Sofern Sie Ihren werten Namen und Adresse umseitig aufschreiben, erhalten Sie vollständig gratis und franko per Post ein Päckchen ff. Zigaretten und einen wertvollen Gutschein.“ Ueber dieses Liebeswerben nach Kundinnen wird dem Blatte ferner aus Berlin geschrieben:

„. . . Ein Privatdetektiv F., Berlin, Friedrichstraße 97, Hintergebäude, erhielt vor mehreren Monaten vom Trust den Auftrag, der Dresdner Firma binnen drei Monaten 20 000 Adressen der Berliner Demimonde und ähnlicher Gesellschaft aufzugeben, behufs Gratiszusendung von Zigaretten mit Gutscheinen. F. erhielt durch irgendeinen Kollegen eine Liste von 3000 unter Kontrolle Stehenden. Sodann besuchte er die Lokale und Cafés, in denen solche Mädchen verkehren, und suchte auf Grund der vorstehenden bedruckten Zettel die Adressen derselben zu erlangen, indem er nach Art der Kolporteure seine Karten auf den Tischen verteilte und wieder einsammelte. Von einigen Konfektions- und Warenhäusern hat er gleichfalls die Wohnungsadressen des weiblichen Personals erbeten und erhalten. Infolge seiner Bemühungen gelang es F., ca. 24 000 Adressen solcher Kundschaft zu beschaffen und nach Dresden zu übersenden, wofür er dann die versprochene Summe von 2000 Mk. empfing.

Wo bleibt da der kleine Geschäftsmann? Dieser ausgeklügelten Reklamemethoden einer mit großen Kapitalien arbeitenden Firma gegenüber ist er machtlos und wehrlos.

Die Eskimo und der Tabak.

Die Westgrönländer bereiten ihren Kautabak auf eine für uns überraschende Weise, so berichtet Nansen in seinem Buche: Eskimoleben. Lange dänische Porzellanpfeifen werden mit Rauchtabak, auf den Wasser gegossen wird, halbvoll gestopft und dann mit trockenem Tabak bis zum Rande gefüllt. Man raucht nun so lange, bis die Glut an der Feuchtigkeit erlischt. Dann wird die Asche ausgeklopft, aller öliger Saft aus dem Rohre, dem Kopf, dem übergelegten Deckel usw. abgekratzt und mit dem schon durch den Rauch gut durchsauceten Tabakresten am Boden des Pfeifenkopfes gemischt, und der Kautabak ist fertig. Dieses starke Konfekt wird besonders als Kajakproviant sehr geschätzt.

Auf der Westküste ist Rauch- und Kautabak am beliebtesten, das Schnupfen dagegen ist die Schwäche der Ostgrönländer, sowie des weiblichen Geschlechts der Westküste, und man wird oft unangenehm durch die Entdeckung überrascht, daß eine junge, anmutige Schöne eine gehörige Nasenlöcher und Oberlippe einpulvernde Prise nimmt. Sie reiben ihren Schnupftabak selber zwischen flachen Steinen aus ungesaucetem Rolltabak, der kleingeschnitten und über der Lampe getrocknet wird. Um ihn ausgiebiger zu machen, wird er manchmal mit geriebenem Speckstein untermischt; aufbewahrt wird er in großen oder kleineren Hörnern. Auf der Ostküste spielt er auch bei einigen Zeremonien eine Rolle. Der Eskimo hat in seiner Sprache kein Wort für „Guten Tag“ oder „Willkommen“, statt dessen reicht er dem gern gesehenen Besucher sein Schnupftabakshorn zur Benutzung hin, worauf dieser ihm das seinige darbietet. Beim Abschied wiederholt sich dieselbe Zeremonie.

Die unversteuerte Tabakspflanzung.

Vor einiger Zeit trug sich, dem Gießener Anzeiger zufolge, in einem Dorfe des Niddatales folgendes heitere Vorkommnis zu: Kam da eines Tages der als sehr eifriger Beamter bekannte Steueraufseher H. in das Wirtshaus des Dorfes. Der Wirt, ein Spaßvogel, beschloß, ihm einen Bären aufzubinden. Er frug einen der anwesenden Bauern, dem er vorher einen Wink gegeben hatte und der in der Nähe des Beamten saß: „No, Hansjörg, was mache denn Dei Tuwaksplanze am Haag?“ „Eich hät näit geglabt, daß Däi Tuwaksplanze häi sou gout fortginge, uf den letzte Räije hawwe se sich schien gemacht,“ antwortete Hansjörg. H. spitzte die Ohren. Donnerwetter, ein ganzer Acker mit Tabakspflanzen und nicht versteuert! Das gab was; er packte auf, mußte aber seine Besichtigung bis zum anderen Morgen verschieben, da es schon dunkel war. Am anderen Morgen in aller Frühe war er schon am Haag und suchte den Acker mit den Tabakspflanzen. Da traf er einen Bauern. Diesen fragte er nach dem Acker des Hansjörg, der mit Tabak eingepflanzt sein sollte. Der Bauer, der von der Sache unterrichtet war, zeigte ihm einen Acker, der mit Zuckerrüben angepflanzt war. „Was,“ schrie H., „das soll Tabak sein, Zuckerrüben sind das“. „Eich sein in de Butanik näit su bewannert, awer eich mane, däi Planze härre su woas fremmlännisches an säich!“ sprachs und ging von dannen. Wütend entfernte sich nun auch der Beamte, hatte er doch wegen der verflixten „Tuwaksplanzen“ einen Weg von vier Stunden gemacht.

Neger in der amerikanischen Tabakindustrie.

Das amerikanische Department of Commerce and Labor hat eine Zusammenstellung über die Neger in den Vereinigten Staaten nach der Volkszählung von 1900 veröffentlicht. Die Gesamtzahl der Neger in den Vereinigten Staaten, Alaska, Hawaii und Porto Rico betrug im Jahre 1900 9 204 531. Vier Städte hatten über 75 000 schwarze Einwohner: Washington, Memphis, Baltimore und Neu-Orleans. Tabakarbeiter waren 1890: 14 000, 1900: 14 200. Ueber den Neger als Farmer macht Professor du Bois folgende Angaben: Der Neger bewirtschaftet 12 Proz. sämtlicher Farmen und erntet 5 Proz. aller landwirtschaftlichen Produkte. Diese Farmen liegen mit wenigen Ausnahmen in den Südstaaten. Von Negern werden über ein Fünftel der Tabakfarmen bewirtschaftet. 10 Proz. des Tabaks wird von Negern geerntet.

☛ **Allen Beschwerdeführern über unpünktliche Zustellung des Tabak-Arbeiters zur Nachricht, daß die Verzögerungen größtenteils darauf zurückzuführen sind, daß Umbestellungen ꝛc. zu spät in unsere Hände gelangen. Wir bitten daher die Bevollmächtigten, alle auf den Versand bezüglichen Mitteilungen uns bis spätestens Mittwoch mittag zugehen lassen zu wollen, damit dieselben zu der Sonntags-Nummer berücksichtigt werden können.**

Die Expedition.